



Nr. 5 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 27. Oktober 2011 von 18.00 - 22.20 Uhr	
Ort	im TELL-Saal, Bernstrasse 101 , 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Kehrlı Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	10
	<i>SVP:</i> Bracher Peter, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Müller Lucia, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Nadine (<i>bis 20.00 Uhr</i>), Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	10
	<i>EVP:</i> Fels Silvia, Schröer Chris (<i>bis 20.45 Uhr</i>), Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schaller Esther, Schenk Madeleine	4
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Schoop Henrik	2
	<i>CVP:</i> Rippstein Eduard und Löhler Sandra (<i>bis 20.00 Uhr</i>)	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>35</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Blaser Erich, Ernst Synes, İten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alike Maria, Unteregger Schütz Regula, Wegmann Peter sowie Gemein- deschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Bolliger Renate (EVP), Schärer Liliane (SP und Werner Michael (FDP)	
Unentschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Leumann Beat (FDP) und Scheidegger Jürg-Sven (SP)	

TRAKTANDEN

45. Planungskommission; Ersatzwahl	128
46. Tram Region Bern (TRB): Projektierungskredit K2 (Auflageprojekt); Kreditbewilligung.....	129
47. Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR): Teilrevision; Genehmigung	151
48. Überbauungsordnung "VELOstattAUTO"; Genehmigung.....	152
49. Hochwasserschutz Worble im Abschnitt Fussgängerbrücke Rörswil bis Gemeindegrenze Bolligen; Kreditbewilligung	154
50. Ausbauten Abwasserkanal und Lötchenbach / Durchlass Bolligenstrasse; Kreditabrechnung.....	160
51. Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Beachsportanlage und neue Veloparkplätze - Kreditabrechnung	161
52. Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen; Berichterstattung	163
53. Motion B. Hirt (GRÜNE) und Mitunterzeichner betreffend "Ja zur 2'000 Watt- Gesellschaft"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	169
54. Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat.....	170
55. Tram Region Bern: Öffentlicher Informationsanlass am 24. November 2011, 19.00 bis 21.00 Uhr, im Tellsaal - Orientierung des Gemeinderates	174

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

- ① Momentan sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.
- 1. Gestützt auf Artikel Nr. 33 der GO des GGR nehmen zu Traktandum Nr. 46 (Tram Region Bern; Projektierungskredit K2) die Herren Joachim Rutz vom Büro TBF + Partner AG und Ulrich Seewer von der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion an der heutigen Sitzung teil.
- 2. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - ① Sitzungsdaten 2012 des GGR inkl. GPK
 - ① Aktualisierte Adressliste der Fraktions- und Parteipräsidien
 - ① „Gemeinden unter Druck - Wann kommt es zum Kollaps“ Tagung am 9./10. März 2012 organisiert durch Politforum Thun
 - ① Einladung zur Buchvernissage "Im Schrebergarten" von Sandra Rutschi (Redaktorin und Berichterstatterin der BERNER ZEITUNG) am Montag, 7. November 2011 im Zunftsaal zu Webern, Gerechtigkeitsgasse 68
- 3. Der diesjährige GGR-Ausflug findet am Dienstag, 8. November statt. Treffpunkt für die Angemeldeten ist um 14.15 Uhr am Bahnhof Ostermundigen auf dem Perron Nr. 2. Das Bahnbillett ist vorgängig zu lösen.
- 4. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns gegenüber in der Brasserie Tell.
- 5. Die nächste Sitzung findet am 15. Dezember um 16.00 Uhr statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 55: Tram Region Bern; Öffentlicher Informationsanlass am 24. November 2011 - Orientierung des Gemeinderates

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Zur Traktandenliste ist mir noch ein **Änderungsantrag** angekündigt worden.

Bruno Grossniklaus (SP): Wir möchten, dass das Geschäft Nr. 54 "Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen" direkt nach dem Traktandum Nr. 46 ("Tram

Region Bern") behandelt wird. Im Publikum sitzen bereits einige Leute, welche extra wegen diesem Traktandum gekommen sind.

Norbert Riesen: Über den Änderungsantrag hat der Rat sofort abzustimmen.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit dem vorerwähnten Änderungsantrag von Bruno Grossniklaus (SP) einstimmig genehmigt.

① Anmerkung:

Die Protokollführung erfolgt in der traktandierten Reihenfolge.

Persönliche Erklärungen

Heinz Gfeller (FDP): Die anspruchsvolle Funktion des Abteilungsleiters in der Gemeindeverwaltung bestimmt wesentlich, wie effektiv und effizient die Abteilung mit Gebühren- und Steuergeldern umgeht - z. B. der Abteilungsleiter Gemeindebetriebe:

- Er übt sein Amt aus mit Anstand und Feingefühl;
- Er pflegt einen freundlichen Umgang mit Vorgesetzten, Mitarbeitern und Kunden und prägt damit die Kultur in seinem Umfeld;
- Er achtet darauf, dass seine Abteilung im Vergleich mit ähnlichen Gemeinden konkurrenzfähige Dienstleistungen anbieten kann;
- Er sorgt dafür, dass die legalen Vorgaben optimal für Gemeinde und Kunden umgesetzt werden können. Dafür formuliert er mit Mitarbeitenden und Departementsvorsteher klar verständliche, kurz abgefasste Vorlagen an Gemeinderat und Grosser Gemeinderat.

Der Gemeinderat nimmt seine Verantwortung als vorgesetzte Stelle der Abteilungen ernst, auch beim Besetzen von solchen Schlüsselstellen. Gibt es unüberwindbare Schwierigkeiten, die sich über Jahre wiederholen, scheut sich der Gemeinderat nicht, unpopuläre Massnahmen zu ergreifen.

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt ihre Verantwortung der Oberaufsicht beim Umsetzen von GGR-Beschlüssen wahr. Zeigen sich Ungereimtheiten, nimmt sie die Fakten ernst und lässt sich nicht wegen angeblicher Formfehler von ihrer Verantwortung abbringen.

Im GGR bin ich als Trudi Gerster bezeichnet worden. So habe ich mit der vorgelesenen Geschichte diesen Übernamen einmal ernst genommen. Sie ist ein Märchen.

➤ *Fakt ist:*

Ich habe mein Mandat als Parlamentarier auf Ende Jahr zurückgegeben, weil ich keine Basis mehr sehe, meine Verantwortung für dieses Amt in genügendem Masse wahrzunehmen und verabschiede mich nach der Dezembersitzung von diesem Theater, dem der Titel „Biedermann und die Brandstifter“ ganz gut steht.

➤ *Eine Bitte habe ich zum Schluss:*

Nehmt das Projekt "Behörden- und Verwaltungsreform" und darin im Besonderen die Pilotprojekte WoV ernst. Das ist aus meiner Sicht die einzige Chance, den nebulösen Blindflug der Gemeinde zu verlassen und eine akzeptable Führung zu etablieren.

Ich habe viele angenehme Stunden mit Euch verleben dürfen. Dafür danke ich Euch.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Als verantwortlicher Departementsvorsteher Gemeindebetriebe kann ich die Vorwürfe, die Heinz Gfeller in seiner persönlichen Erklärung gegen mich und den Abteilungsleiter erhoben hat, nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Zu seinen Äusserungen halte ich fest:

1. Es ist gar einfach, die Schuld für eigenes Versagen ausschliesslich Dritten in die Schuhe zu schieben.
2. Seit meinem Amtsantritt als Departementsvorsteher Gemeindebetriebe am 1. Januar 2009 habe ich Heinz Gfeller nie in der Funktion des „Göttis“ der Abteilung Gemeindebetriebe erlebt. Diese Aufgabe hätte er im Auftrag der GPK wahrnehmen sollen. Er ist also für mich nie als besondere Bezugs- und Vertrauensperson in Erscheinung getreten. Was das eigentlich bedeutet, habe ich festgestellt, als Rahel Wagner gleich das Gespräch mit mir suchte, nachdem sie als Nachfolgerin von Heinz Gfeller mit der Aufgabe betraut worden war.
3. Ich erinnere daran, dass in diesem Rat Vorlagen aus der Abteilung Gemeindebetriebe ausdrücklich gelobt wurden, so die Vorlage „Hättenberg“ oder die Vorlage „Erhöhung Aktienkapital WVRB.“
4. Ich stelle fest, dass Heinz Gfeller den GGR mehrmals als öffentliche Plattform genutzt hat, um private Interessen zu vertreten. Ich sehe darin einen Missbrauch des Parlamentsmandats. Dass er dabei falsche Zahlen verwendet hat, macht die Angelegenheit nicht besser.

10.6.12 Planungskommission

45. Planungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Moderation dieses Geschäftes übergebe ich dem 2. Vizepräsidenten, Markus Truog, da der 1. Vizepräsident sich ferienhalber für die heutige Sitzung entschuldigt hat.

2. Vizepräsident Markus Truog (SVP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für die zurückgetretene Sonja Kramer (SP) wird Norbert Riesen (SP), Winkelweg 2, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Planungskommission gewählt.

10.20.13 Tram Region Bern

46. Tram Region Bern (TRB): Projektierungskredit K2 (Auflageprojekt); Kreditbewilligung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Zuerst möchten sich der Gemeindepräsident und anschliessend die Departementsvorsteherin Tiefbau zum vorliegenden Geschäft äussern.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich kann den Parlamentsmitgliedern bestätigen, dass der Gemeinderat ganz klar hinter dem Projekt steht. Für die kommende Gemeindeentwicklung ist Tram Region Bern ein sehr zentrales Projekt.

Ich möchte kurz zurückblenden: In den 90er Jahren hat der Gemeinderat beschlossen, dass sich Ostermundigen wieder stärker baulich entwickeln soll. In der Folge sind zahlreiche Planungen mit der Unterstützung des Parlamentes voran getrieben worden. Seit ein paar Jahren erkennen wir die Früchte dieser Anstrengungen, und die Einwohnerzahl steigt wieder an; demnächst zählen wir 16'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wir können feststellen: In seiner ganzen Geschichte war Ostermundigen noch nie so dicht überbaut wie heute - und die Entwicklung geht weiter: Mit der Überbauung des Oberfelds wird auch das Rütiquartier in das Siedlungsgebiet eingebunden. Bis in 10 Jahren wird in Ostermundigen ein kompaktes Siedlungsgebiet bestehen, das sich von der Waldeck bis in die Rüti und vom Mösli bis ins Tiefenmösli zieht.

Wenn es heute Stimmen gibt, die dieser Entwicklung skeptisch gegenüber stehen, dann ist das zu respektieren. Die oben gemachten Aussagen stützen sich aber auf die rechtsgültig ausgeschiedene Bauzone. Gemeinderat und Parlament haben diese Entwicklung angestrebt, sie läuft jetzt an und ist nicht mehr aufzuhalten. Ein Zurück zum Dorf gibt es nicht.

Der Gemeinderat begrüsst diese Entwicklung, weil er überzeugt ist, dass es sie für den finanziellen Erfolg der Gemeinde braucht. Er ist sich bewusst, dass diese Entwicklung gelenkt und geleitet werden muss, damit sie in den richtigen Bahnen verläuft. Zu diesen richtigen Bahnen gehören die Verbesserung der Wohnqualität im Quartier, die Entwicklung eines Zentrumsbereiches und eben der Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Wenn immer mehr Leute auf dem gleichen Raum wohnen oder arbeiten, ist es ein logischer Schritt, dass die Kapazität des öffentlichen Verkehrs ausgebaut werden muss.

Wer diese Entwicklung begrüsst, der weiss, dass er auf Investoren angewiesen ist, und deshalb interessiert es, wie Investoren auf das Tram Region Bern reagieren. Ich kann aus erster Hand sagen, dass es für Investoren ein willkommener, wenn nicht sogar entscheidender Faktor ist, ob das Tram nach Ostermundigen kommt oder nicht. Diese Reaktion der Investoren wird bestätigt durch Studien, die nachweisen, dass die Liegenschaftswerte entlang einer neuen Tramlinie sich markant erhöhen.

Das Tram Region Bern übernimmt deshalb zwei Funktionen:

- Es braucht das Tram, damit das angestrebte und jetzt angelaufene Wachstum bewältigt werden kann.
- Das Tram bringt seinerseits einen wichtigen Impuls für die weitere Entwicklung der Gemeinde.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat dem Parlament, den nächsten Schritt im Projekt Tram Region Bern einzuleiten und den Projektierungskredit für das Bauprojekt zu genehmigen.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass dieses Projekt eine einmalige Chance für unsere Gemeinde ist! Das Tram bringt:

- die erforderliche ÖV-Kapazität für die Zukunft;
- Impulse für eine wirtschaftliche Entwicklung, die wir aus eigener Kraft nicht schaffen können;
- verursacht Kosten, die wir in dieser Grössenordnung aufgrund anstehender Sanierungen und Unterhaltsarbeiten ohnehin haben werden.
- Die Region Bern ist der wichtigste Wirtschaftsmotor und Wohnstandort des Kantons Bern. Die Bevölkerung wird bis 2030 um 6 % und die Arbeitsplätze um 8 bis 9 % zunehmen. Trendprognosen zeigen, dass der öffentliche Verkehr (ÖV) um 60 %, der motorisierten Individualverkehr (mIV) um 25 % wachsen könnte.
- Das Verkehrssystem in seiner heutigen Form kann diese Zunahme gar nicht bewältigen. Wir stossen mit dem 10er Bus schon jetzt an Grenzen.
- Diese Entwicklung in der Region Bern hat Bund und Kanton dazu bewogen, Mittel in Millionenhöhe für die Schaffung ausreichender ÖV-Kapazitäten auf der Achse Ostermundigen, Bern, Köniz bereit zu stellen. Mittel, die sehr begehrt sind. Viele Gesuchsteller gehen leer aus. Voraussetzung: Baubeginn 2014. Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen.
- In der Zweckmässigkeitsbeurteilung 2008 sind die verschiedensten Varianten (23 Stück) geprüft worden, wie das Problem am optimalsten gelöst werden könnte. Das Ergebnis war klar: Die nötige Kapazität bringt nur die Umstellung des 10er Busses auf das Tram. Herr Prof. Weidmann hat im Sinne einer Zweitmeinung das Ergebnis bestätigt: Die vorliegende Lösung ist die zweckmässigste und die Linienführung die sinnvollste. Die beste Lösung ist das Tram.
- Das Projekt ist bei weitem nicht nur ein ÖV-Projekt. Es ist für Ostermundigen **das Gemeindeentwicklungsprojekt** für die nächsten Jahrzehnte schlechthin. Es wird die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinde in einer Art und Weise anstossen, wie wir es aus eigener Kraft nie schaffen werden (Attraktivität, Unterführung, Interesse der Investoren).
- Deshalb ist ihr Entscheid heute Abend eine einmalige Chance und eine Weichenstellung für die kommenden Jahrzehnte und Generationen.
- Das Tram ist ein Projekt der Region. Keine der drei beteiligten Gemeinden könnte aber so viel profitieren von diesem Projekt wie Ostermundigen.

Aus all den erwähnten Punkten ist der Gemeinderat der Auffassung, die nächste Etappe in Angriff zu nehmen und den Planungskredit K2 zu genehmigen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rudolf Mahler (SP): Es geht heute Abend nicht darum, zu entscheiden, ob in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger von Ostermundigen mit einem Tram anstelle des Busses von Bernmobil in die Stadt und zurück fahren. Wir sorgen heute mit einem Ja-Entscheid zum Projektierungskredit K2 dafür, dass die Grundlagen für einen Volksentscheid erarbeitet werden können. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Ostermundigen, Bern und Köniz sagen letzten Endes Ja oder Nein zum "Tram Region Bern".

Trotzdem ist unser heutiger Entscheid von grosser Bedeutung. Sagen wir Ja zum Planungskredit K2, so wird es nicht unmöglich sein, dass in Zukunft Ostermundigen mit einem modernen und leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen wird. Ausserdem bekommt die Bevölkerung von Ostermundigen eine grosszügige Bahnhofunterführung mit guten Umsteigemöglichkeiten mit Tram, RBS-Bus und S-Bahn. Der Perronzugang wird endlich mit einem Lift möglich sein. Die Bernstrasse wird mit einem neuen Belag inkl. Mehrzweckstreifen in der Mitte und durchgehendem Velostreifen auf den Seiten versehen. Eine neu gestaltete Dreieckanlage wird errichtet und neue, behindertengerechte sowie kinderwagengängige Tramhaltestellen werden gebaut.

Dass die Planungsteams nicht nur ans Tram sondern ebenfalls an die Velofahrenden, an die Fussgänger und alle Verkehrsteilnehmende dachte, ist darin erkennbar, dass mit dem Auto fast an allen Haltestellen das Tram überholt werden kann. Überhaupt wurde während der Erarbeitung des Vorprojektes mit grosser Sorgfalt geplant. Dies durfte ich als Mitglied der Ostermundiger Begleitgruppe selber erfahren.

Vielleicht noch zwei wichtige Punkte:

- Der Wert der Liegenschaften entlang der neuen Tramlinie steigt. Dies zeigen die Erfahrungen mit neuen Tramlinien und mit einem Kredit von geschätzten 32 Mio. Franken werden die Investitionen im Interesse der Gemeindeentwicklung von rund 150 Mio. Franken oder mehr ausgelöst.
- Also auch hier im Endeffekt ein Gewinn für die Gemeinde.

Als Fazit sei erwähnt: Das vorliegende Vorhaben ist ein gutes und kostenmässig sich im Mittelfeld befindliches Tramprojekt. Diese Aussage kann auch im Bericht des Verkehrsspezialisten Ulrich Weidmann nachgelesen werden. Es bestimmt die Kapazität auf dem Gebiet Verkehr und Transportsysteme.

Das Beste am vorliegenden Geschäft ist, dass die Gemeinde Ostermundigen die ganze Infrastrukturanlage nicht alleine finanzieren muss. Bund und Kanton übernehmen einen Grossteil der Erstellungskosten. Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde Ostermundigen würde nicht einmal für die Finanzierung der im Vorprojekt vorgesehenen ausgebauten SBB-Unterführung ausreichen.

Wir haben am 2. Juli 2009 dem Projektierungskredit K1 für das Vorprojekt zugestimmt. Jetzt haben wir die Chance, den Projektierungskredit K2 für die Erarbeitung des Bauprojektes zu

bewilligen. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützt den gemeinderätlichen Antrag und sagt einstimmig Ja zum Projektierungskredit K2.

Henrik Schoop (FDP): Wir anerkennen, dass der Gemeinderat die Chance einer Tramlinie für Ostermundigen - auch mit Blick auf den vorgegebenen Zeitdruck - engagiert angegangen ist. Es ist aber unser Auftrag, das Investitionsvorhaben gesamtheitlich zu prüfen. Bei dieser Gröszenordnung von Projekt - das gleichzeitig auch als Promotor für das weitere rasche Wachstum der Gemeinde verkauft wird - ist unsere Verantwortung, wie unser Sachverstand noch gefragter.

Der Umfang des Projektes, wie die damit verbundenen vielfältigen Problemstellungen für die Gemeinde erfordern, dass alle wichtigen direkten wie indirekten Aspekte eines Investitionsvorhabens dieser Art geprüft und transparent gemacht werden.

Wir finden in den uns vorgelegten Entscheidungsunterlagen aber keine Antworten zu folgenden Fragestellungen. Diese werten wir - wie auch der Bürger - als zentral in der politischen, wie wirtschaftlichen Beurteilung:

1. Welche Alternativen haben wir, um die Attraktivität unserer Gemeinde (gegenüber potentiellen Bauherren, Zuzüglern, Bürgern) zu verbessern? Was verspricht ein besseres Nutzenverhältnis: Alternativen oder Investition in Tramlinie? Im Bericht Weidmann wird explizit darauf hingewiesen, dass es Alternativen zum Tram gibt und dass diese sinnvollerweise vertieft abgeklärt werden sollten.
2. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Kosten nicht erheblich über dem beantragten Projektierungskredit zu liegen kommen?
3. Welche konkreten Kontrollmechanismen hat der Gemeinderat dafür vorgesehen?
4. Können wir uns eine Tramlinie leisten mit Blick auf die Entwicklung (Defizite) und strukturellen Probleme unserer Gemeindefinanzen (Finanzausgleich hoch), Schulden bzw. minimaler Eigenkapitalreserve?
5. Besteht die Möglichkeit, zwei Kredite vorzulegen? Einen für die effektiven Baukosten des Trams sowie einen für die so genannten „Ohnehin-Kosten“?

Nach unseren Einschätzungen geben die vorliegenden Unterlagen keine oder ungenügende Antworten zu Fragen grosser Tragweite. Es ist uns somit nicht möglich, das Projekt sachgerecht und umfassend zu beurteilen. Es müssen weitere Abklärungen und Informationen bereitgestellt werden, damit sachgerechte Entscheidungsunterlagen dem Parlament vorliegen. Wir müssen deshalb die Vorlage aus formellen wie auch materiellen Gründen zurückweisen. Die FDP-Fraktion stellt somit einen **Rückweisungsantrag** für den Projektierungskredit K2.

Gestatten Sie noch einen kurzen Nachtrag: Ob es für den Kanton Bern volkswirtschaftlich Sinn macht, viel Geld in Tramlinien zu investieren oder dieses Geld zur Verbesserung seiner Wirtschaftsstruktur zu nutzen, ist aus übergeordneter Sicht auch bedeutsam; umso mehr als der Kanton grosse finanzielle, wie strukturelle Probleme hat.

Walter Bruderer (FORUM): Einmal mehr betonen wir vom FORUM, dass wir das Tram als Fahrzeug durchaus akzeptieren. Letzen Dienstag war ich in Allschwil und bin mit dem Tram Nr. 6 mitgefahren: Eine wunderschöne und lange Tramlinie (länger als von Köniz nach Ostermundigen). Wenn wir heute die Vorlage kritisieren, geschieht dies nur aus Sorge, der Stand des Projekts liefere die erhofften Verbesserungen noch nicht garantiert. Welche Sorgen uns beschäftigen, haben wir im Laufe des bisherigen Projekts sowohl rechtzeitig, als auch mehrmals bekannt gegeben, kürzlich wiederum via GPK-Protokoll. Ich möchte dem Gemeindepräsidenten für die Beantwortung meiner Fragen nachträglich herzlich danken.

➤ *Die Forderungen seitens FORUM:*

- Das realisierte Tramprojekt muss die Transportanforderungen mindestens während 30 Betriebsjahren optimal erfüllen! Wir verlangen, dass vor dem Start des ersten Trams sämtliche Probleme gut gelöst sind und zwar nicht durch Versprechungen, sondern mit belegbaren Fakten.
- Der motorisierte Individualverkehr darf den öffentlichen Verkehr zwischen Schliern und Ostermundigen via Bern nie negativ beeinflussen. Wir wollen, dass der ÖV (Tram oder Bus) ganztags problemlos funktioniert. Deshalb verlangen wir:
 - sichere Verkehrs- und Transportverhältnisse auf der ganzen Tramstrecke Nr. 10;
 - keine Verspätungen der Fahrzeuge zwischen Schliern und Rüti (einzig gestattete Ausnahme = Naturgewalt);
 - nie Sardinienverhältnisse in den Fahrzeugen;
 - keine längere Fahrzeit als beim heutigen Bus;
 - genügend Sitzplätze ausserhalb der Pendlerzeiten;
 - guten, passagierfreundlichen Fahrtakt;
 - Sicherheit im Fahrzeug, auf dem Weg zu/von und in den Haltestellen;
 - genügend Ersatzfahrzeuge für den raschen Ersatz für Trams, die wegen Unfällen, Pannen, Demos, Vandalismus usw. in der Weiterfahrt blockiert sind und
 - Tarife, die zur ÖV-Benützung einladen.

➤ *Möglichkeiten, um diese Ziele zu erreichen:*

30'000 Passagiere total: 15'000 Ostermundigen: "Ob es Alternativen zur Tramlösung gäbe" ist mit ein paar Fragezeichen zu belegen.

➤ *Der ÖV hat primär den Passagieren zu dienen. Wichtig sind:*

- Abholen der Passagiere, dort wo sie wohnen und arbeiten (im Süden von Ostermundigen, z. B. durch eine S-Bahn-Haltestelle im Gebiet Dennigkofen oder teilweise Führung des Busses Nr. 28 zum Zytglogge anstatt zum Eigerplatz. Und betreffend Ostermundigen-Bahnhof-Umgebung durch einen echten ¼-h-Takt der beiden S-Bahnen (es gibt ja 4 S-Züge/h in jeder Richtung, aber nicht im ¼-Takt).
- Umsteigemöglichkeit für die Ostermundiger Bevölkerung Richtung Bern-Süd und Bern-Nord bereits beim Schosshalden-Friedhof (Führung der Buslinie Nr. 12 vom Klee-Zentrum Richtung Guisanplatz. Zusammenhängen der Tramlinien Nr. 9 und 10, um gleichzeitig eine Ausweichalternative für beide Linien anbieten zu können).

- Mehr Passagierfläche und Sitzplätze in den Fahrzeugen.
- Immer Vortrittsberechtigung für alle ÖV-Fahrzeuge.
- Fahrtakt während der Pendlerzeiten mindestens 6 Minuten, ausserhalb 12 Minuten.

➤ *Fragen:*

1. Welchen Tram-Fahrtakt braucht es mindestens, um 60 % mehr Passagiere befördern zu können, wenn ein Tram 170 Passagiere fasst?
2. Und in welchem Abstand würden die 42 m langen Trams fahren, wenn zwischen Zytglogge und Bern HB (Distanz 600 m) fünf Tramlinien auf dem gleichen Gleis durch die Innenstadt fahren?

Eine zweite Tramstrecke durch die Innenstadt ist zwingend! - oder weniger Tramlinien durch die Markt- und Spitalgasse.

Wir stellen drei zusätzliche **Änderungsanträge** zum gemeinderätlichen Beschluss:

Neue Ziffer 1:

Der Gemeinderat hat dafür zu sorgen, dass die Kosten, die Ostermundigen zu tragen hat, den Betrag von 40 Mio. Franken NICHT übersteigen (inkl. Mehrwertsteuer, inkl. Kostenprognosen von + 20 %, jedoch exkl. Teuerung von ca. 1 % pro Jahr).

Begründung: ** Fussbemerkungen siehe Seite 7 der Botschaft: 27,46 Mio. + 20 % = ca. 33 Mio. + (2 * 1,5 Mio.) = 36 Mio.

Ostermundigen lebt bekanntlich nicht im Finanzparadies. Erwähnenswert ist auch, dass rund 2/3 der bezahlten Steuern an den Kanton gehen. Wenn der Kanton 400 Mio. Franken für das Tram ausgibt, stammen vermutlich über 5 Mio. Franken von den Steuerzahlern aus Ostermundigen.

Neue Ziffer 2:

Der Gemeinderat hat vom Kanton zu verlangen, dass bis zur Trambetriebsaufnahme eine zusätzliche Tramstrecke zwischen Zytglogge und dem HB Bern einsatzbereit ist ODER ein sofort funktionsfähiger Busbetrieb den fehlenden Trambetrieb ersetzen kann.

Begründung: Wir wollen jederzeit und überall einen zuverlässigen ÖV. Es darf nicht sein, dass über 700 Mio. Franken und Teuerung ausgegeben werden, um die heutigen Probleme des Busses nicht vollwertig zu lösen. Unser Antrag ist auch im Interesse der ÖV-Benützer aller andern ÖV-Linien, die heute durch die Innenstadt führen.

Die bisherigen Beschlussesziffern Nr. 1 - 3 der Botschaft erhalten neu die Nr. 3 - 5.

Neue Ziffer 6:

Der Gemeinderat hat die Exekutiven der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz sofort aufzufordern, dem HEUTIGEN Bus 10 auf der ganzen Strecke zwischen Schliern via Bern nach Ostermundigen freie Fahrt zu verschaffen.

Begründung: Die Probleme der oft im Stau stehenden Busse (Verspätungen, Sardinienverhältnisse im Fahrzeug) sind soweit wie möglich sofort zu lösen. Sie waren ein wichtiger Auslöser

fürs Tramprojekt. Warum sollen die heutigen Passagiere noch sieben weitere Jahre warten, bis sie endlich auch während der Pendlerzeiten problemlose Fahrten erleben dürfen?

Wenn es möglich ist, dem Tram überall freie Fahrt zu geben, muss dies auch für den heutigen Bus möglich sein. Lichtsignale sind steuerbar. Längere oder zusätzliche Busse mit anderer Linienführung wären auch denkbar. Ein Doppelgelenkbus wäre im 3-Minuten-Fahrtakt durchaus in der Lage, die wesentlichen Anforderungen zu erfüllen. Er könnte im 3-Minuten-Takt mehr Passagiere befördern als das Tram im 6-Minuten-Takt.

Im weitern stellen wir den **Ordnungsantrag**:

Auf geheime Abstimmungen für einen allfälligen Rückweisungsantrag wie auch für den definitiven Beschluss für dieses Geschäft.

Sollte das Parlament unsere neuen Pro-ÖV-Anträge Nr. 1 und 2 nicht unterstützen, allenfalls anders formuliert, muss er mit unserer Rückweisung des heutigen Geschäfts rechnen.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion hat bereits das Vorprojekt für das "Tram Region Bern" unterstützt. Nun sagen wir auch zum Projektierungskredit ein überzeugtes Ja. Dies aus folgenden Gründen:

➤ *Stellungnahme zum Vorwurf, es sei zu wenig informiert worden*

Das Vorprojekt wurde in allen Stadien für die Bevölkerung und die Behörden der drei betroffenen Gemeinden - Köniz, Ostermundigen und die Stadt Bern - offengelegt. Wir erhielten die Gelegenheit, mitzuwirken, Ideen und Kritik einzubringen. Es gab öffentliche Veranstaltungen, an denen die Modelle und Pläne mit der Linienführung etc. genau erklärt wurden. Das Gutachten der ETH, die Informationen des Kantons, die Schwerpunkte des Projekts, die Erläuterungen zu den schwierigsten Stellen der Linienführung etc. - alles war jederzeit im Internet, bei den Gemeinden oder den Begleitgruppen einsehbar und erhältlich. Mehr Transparenz bei einem Bauprojekt dieser Grösse ist schlichtweg nicht mehr möglich. Für all diese Anstrengungen dankt die EVP-Ostermundigen allen Beteiligten des Kantons, der Gemeinde, der Begleitgruppen und der Planer.

➤ *Tram als Chance*

Wie in der Botschaft erläutert, bekommt unsere Gemeinde durch das Tramprojekt eine Riesenchance, das Netz des öffentlichen Verkehrs auf Jahrzehnte hinaus tauglich zu machen. Die Zahlen zeigen auch, dass Ostermundigen viele Probleme - vor allem dasjenige mit den Leitungssanierungen in der Bernstrasse - nie mehr so kostengünstig lösen kann, wie im Zusammenhang mit dem "Tram Region Bern" (ich verweise auf die Ohnehin-Kosten, wie sie in der Botschaft beschrieben sind). Zudem wird das Bild der ganzen Bernstrasse in Ostermundigen massiv aufgewertet. Beispiel für eine solche Aufwertung ist das Tram Bern West.

➤ *Um was geht es an der heutigen Sitzung?*

Es geht heute darum, den Projektierungskredit für die Feinplanung zu sprechen. Im Vorprojekt sind die besonderen Schwierigkeiten bei der Linienführung, der Gestaltung von Plätzen und Strassenabschnitten etc. klar hervorgetreten. Diese geben ja auch in der Bevölkerung immer wieder Anlass zu Skepsis dem ganzen Tramprojekt gegenüber. Auch wir als EVP haben noch viele Fragen. Wir sind dafür nicht blind. Aber diese Schwierigkeiten sind unserer Ansicht nach zu lösen. Hier verlassen wir uns auf das Wissen der Verkehrsplaner und auf die heutigen

technischen Möglichkeiten. Auch das Gutachten der ETH, welches sehr vorsichtig und mit der nötigen Verantwortung gegenüber dem Bund, dem Kanton Bern und den betroffenen Gemeinden erstellt wurde, zeigt auf, dass sich die noch bestehenden Unsicherheiten und offenen Fragen im Rahmen des Bauprojektes klären lassen. Deshalb wäre es tragisch, wenn wir an diesem Abend das "Tram Region Bern" mit einer Ablehnung des Kreditantrages beerdigen würden.

➤ *Finanzen*

Eine andere Seite sind natürlich die Finanzen. Ein Kredit für das Vorprojekt von Fr. 605'000.-- und ein solcher für das Auflageprojekt von Fr. 860'000.-- erscheinen enorm hoch. Aber billiger ist dies nicht zu haben, wenn wir bedenken, welche Herausforderung ein solches Tramprojekt bedeutet und welche enorme Arbeit hinter der Projektierung steht. Es ist auch ganz klar, dass nur mit einem Detailprojekt genauere Kostenprognosen gemacht werden können. Der provisorische Gemeindeanteil von Ostermundigen beträgt mit den Projektierungskrediten insgesamt 32 Mio. Franken plus/minus 20 %. Dies ist eine grosse Spannweite. Deshalb brauchen wir das Feinprojekt unbedingt. Ich behaupte an dieser Stelle, dass es unverantwortlich unserer Bevölkerung und den kommenden Generationen gegenüber wäre, eine solche Investition in den öffentlichen Verkehr bereits nach dem Vorprojekt abzuwürgen.

➤ *Schlussfolgerungen*

Und nun noch ein Letztes. Beim gesamten Tramprojekt sollten wir uns daran erinnern, dass alle Grossprojekte der letzten 130 Jahre zuerst einmal Unverständnis und Ablehnung ausgelöst haben. Um nur wenige zu nennen:

- der Gotthardtunnel, welcher bereits vor 129 Jahren, d. h. 1882 in Betrieb genommen wurde - wir brauchen ihn heute noch und mehr denn je;
- dann das ganze NEAT-Projekt mit den Grossbaustellen Gotthard- und Lötschberg-Basistunnel;
- das S-Bahnprojekt des Kantons Zürich, das 1990 in Betrieb genommen wurde und seither laufend weiter ausgebaut werden muss;
- und um noch etwas aus unserer Gemeinde anzuführen: Hat nicht auch der Anderthalbkreis beim Dreieck Zollgasse anfänglich grossen Widerstand ausgelöst, da man nicht glaubte, dass dieser je funktionieren könnte? Und heute...? - Kein Problem.

All die aufgeführten Einrichtungen haben sich mehr als bewährt und sind heute nicht mehr wegzudenken. Wenn wir jetzt nicht alles in das "Tram Region Bern" stecken, nehmen wir der Gemeinde den ganzen Atem für die Zukunft. Bitte denken Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Ihrer Entscheidung auch an die Planungen des Bärenareals und des ganzen Entwicklungsschwerpunktes Bahnhof. Dort könnte etwas Wunderschönes entstehen, das die Lebensqualität in unserer Gemeinde wesentlich erhöht. Denken Sie an unsere Kinder und Kindeskinde, die uns dankbar sein werden, dass wir weiter gedacht haben als nur bis zur Nasenspitze!

In diesem Sinne bitte ich alle Parlamentsmitglieder eindringlich, dem vorliegenden Kredit für das Auflageprojekt zuzustimmen.

Thomas Wegmüller (SVP): Im Juni 2009 konnte ich den ersten Projektkredit K1 von Seiten der SVP-Fraktion bestätigen. Das Ganze habe ich damals verglichen mit einem Pokerspiel. Damit man sieht was auf den Spieltisch gelegt wird, muss zuerst ein Geldeinsatz vorgenommen werden. Aufgrund der jetzigen Vorgabe, welche auf dem Spieltisch liegt und der Höhe des weiteren Einsatzes, ist das Pokerspiel für die SVP-Fraktion nicht mehr tragbar: Der Einsatz wird uns zu hoch. Deshalb hat sich die SVP-Fraktion entschlossen, gegen eine Erweiterung des Projektierungskredites zu stimmen. Die Planung ist einzustellen und die total 1,465 Mio. Franken sind nicht zu verplanen.

Begründung:

- Uns scheint das Projekt wird nur deshalb so gefördert, weil seitens Bund und Kanton Subventionsgelder abgeholt werden können. Die vorhandenen Fakten deuten zu stark nach Bluff - um in der Pokersprache zu bleiben. Empfehlungen zu Expertenberichten werden vom Gemeinderat übergangen (z. B. Etappierung von Bauvorhaben).
- Die Verlagerung von Gummi auf Eisen bringt uns keine Bessererschliessung. Die Streckenwahl bleibt gleich und bringt gegenüber der heutigen Lösung keinen Mehrwert. Einzig in Spitzenzeiten kann das Tram mehr Personen befördern. Diese Spitzenzeiten können mit einer andern Flottenwahl seitens Bernmobil u. a. mit Bussen auch anders gelöst werden.
- Seitens motorisierten Individualverkehrs erwarten wir in Ostermundigen in Spitzenzeiten noch längere Kolonnen. Das Tram wird den motorisierten Individualverkehr x-Mal blockieren.
- Die Öffnung des Schermenwegs und der Milchstrasse sind immer noch nicht realisiert und werden von der Stadt Bern immer noch gebremst. Warnungen werden umgangen.
- In der Wirtschaftlichkeitsberechnung der EcoPlan vom 13.4.2011 steht: „...In Köniz sind Staus bis auf die Autobahn möglich. In Ostermundigen ist für eine fahrplangerechte Betriebsabwicklung der Busse ein Verkehrsmanagement nötig, dass zu einer spürbaren Zunahme der Staus im motorisierten Individualverkehr führen dürfte. Dieses Verkehrsmanagement könnte von den Autofahrenden bekämpft werden...“
- Das gesamte Bauvorhaben kann bei angrenzenden Gewerbebetrieben zu Existenzängsten führen. Die Strasse muss mehrmals geöffnet werden: Einmal für sämtliche Infrastrukturanlagen und das zweite Mal um den Gleiskörper einzulegen. Diese Unterbruchsphasen dürfen dem Ostermundiger Gewerbe nicht zugemutet werden.
- Die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen lässt dieses Projekt auf keinen Fall zu. Grossprojekte dürfen mit einem Multiplikator von 2 bis 2,5 hochgerechnet werden (siehe Bärenpark). Die Finanzen sind in einem desolaten Zustand und werden sich in den kommenden Jahren nicht verbessern. Das vorliegende Projekt hat nichts mit zukunftsorientierter Finanzpolitik zu tun!

Aus all diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Projekt einstimmig ab.

Eduard Rippstein (CVP): Dass die CVP-Fraktion diesem Geschäft zustimmt, ist klar. Fakten wurden uns schon viele vorgestellt. Was uns erstaunt ist, dass wir nun bereits seit über 20 Jahren über den öffentlichen Verkehr debattieren und bereits x-Varianten studiert haben. Die

Planung ist immer offen und transparent dargestellt worden. Die Behörden und die Tramprojektgruppe haben laufend informiert. Auch im Tellsaal wurden bereits diverse Informationsanlässe durchgeführt. Die Begleitgruppe "Tram Region Bern" ist mit Vertretern sämtlicher Parteien bestückt. Das vorliegende Papier wurde von dieser Arbeitsgruppe zustimmend zur Kenntnis genommen. Leider kam es immer wieder vor, dass diverse Begleitgruppenmitglieder unentschuldig den Sitzungen fern blieben resp. gar nicht mitarbeiteten. Und heute Abend spricht sich genau dieser Personenkreis gegen das vorliegende Projekt aus. Dieser Sachverhalt stört und frustriert mich!

Ich möchte ebenfalls einen **Ordnungsantrag** stellen:

Die Schlussabstimmung ist unter Namensaufruf vorzunehmen.

Ich möchte letztendlich sehen, wer mitgearbeitet hat und das vorliegende Projekt unterstützen kann.

➤ *Zu den Kosten:*

Was das Ganze letztendlich kostet, kann erst bei Vorliegen des Detailprojekts bestimmt werden. In der Stadt Bern gibt es eine starke bürgerliche Partei, die aussagt, dass die Stadt Bern stark von der Planung profitieren wird - auch wenn das "Tram Region Bern" schlussendlich nicht erstellt wird. Die Tramplanung kostet die Gemeinde Ostermundigen letztendlich rund 3 bis 4 Mio. Franken. Jetzt bezahlen wir einen Anteil von Fr. 860'000.--. Wenn das Tram letztendlich nicht nach Ostermundigen geführt wird, können wir bei der notwendigen Strassensanierung von der Projektplanung profitieren. Es ist nun an der Zeit, dass wir Parlamentsmitglieder den Kopf in die richtige Richtung drehen.

Christian Zeyer (SP): Als Vertreter der SP bin ich nicht befugt, mich über wirtschaftliche Dinge zu äussern. Deshalb wechsele ich den Hut und bin Investor eines 45 Mio. Franken Projektes in Ostermundigen. Als Präsident der Wohnbaugenossenschaft Oberfeld bin ich zurzeit mit der Errichtung von Wohnraum im Oberfeld beschäftigt. Ich habe mir eine einfache "Milchbüechli-Rechnung" gemacht: Was bedeutet der Bau oder nicht Bau eines Trams nach Ostermundigen? Bei rund 15'000 Einwohnenden kommen wir auf einen Gebäudewert von rund 2,5 Mia. Franken. Wenn da nur 1 % an Wertsteigerung entsteht, so bedeutet das 25 Mio. Franken Mehrwert für die Liegenschaftsbesitzenden in Ostermundigen. Ich möchte die kritischen bürgerlichen Parteien bitten, mir zu erklären, wie sie den Liegenschaftsbesitzenden die Verhinderung des "Trams Region Bern" und damit den Verzicht auf den Liegenschaftsmehrwert verkaufen wollen.

Eine grosse Menge an Zeit verbringe ich mit den zukünftigen Wohnbaugenossenschaftlern und versuche ihnen zu erklären, dass Ostermundigen eine tolle Gemeinde ist, hier die "Post abgeht" und sich ein Umzug absolut lohnt. Ich möchte meinen Genossenschaftlern nicht erklären müssen, wie das Projekt "Tram Region Bern" vom Parlament abgeschossen wurde. Ich kann nicht begreifen, wie eine FDP sich gleichzeitig für den Unwissensstand einsetzt. Genau diese Notwendigkeit an mehr Wissen soll mit dem Ausbau des Vorprojektes zu einem Planungsprojekt vorgenommen werden. Dazu müssen die finanziellen Ressourcen bereit gestellt werden. Die Haltung der FDP macht für mich als Investor Null Sinn.

Verschiedene Anfragen und Märchen auch im Votum von Walter Bruderer (FORUM) sind bereits vorhanden und auch schon beantwortet.

Ich bitte das Parlament, die Chance zugunsten der Gemeinde Ostermundigen beim Schopf zu packen. Die Gemeinde Ostermundigen soll nicht zum Wurmfortsatz der Region Bern werden, sondern sich als stolze und wertvolle Gemeinde - „als Gemeinde mit grosser Lebensqualität“ - entwickeln können. Mit einer Ablehnung helfen wir niemandem.

Colette Nova (SP): Ich stelle fest, dass ein Teil der Saalinfrastuktur fehlt - nämlich das "Schämeli" am Rednerpult...

Zuerst möchte ich ein paar Worte an Walter Bruderer (FORUM) richten. Er hat sich intensiv mit der Vorlage befasst und vorgängig 17 Fragen via Geschäftsprüfungskommission gestellt. Ich habe die drei Punkte des Änderungsantrages studiert. Wir haben alle ein Interesse daran, dass das "Tram Region Bern" nicht zu teuer wird. Ein detaillierter Kostenvoranschlag kann erst bei Vorliegen des Detailprojektes und nicht schon beim Planungskredit vorgestellt werden.

Die beiden anderen Punkte haben auch unser Interesse geweckt. Die Kostenüberwachung ist eine Aufgabe von BernMobil. Die neue Beschlusseziffer Nr. 6 stelle ich in Frage: Es ist unrealistisch, dass die ganze Strecke Ostermundigen-Bern-Köniz für den öffentliche Verkehr als freie Fahrbahn bereitgestellt wird. Der Strassenraum lässt dies nicht zu.

Zum Thema "geheime Abstimmung" möchte ich noch anmerken, dass dies selbstverständlich formell möglich ist. Der GGR hat darüber abzustimmen. Aus demokratischer Sicht stellt dieser Ordnungsantrag ein Armutszeugnis für das Ostermundiger Parlament dar. Nur wer sich nicht traut, zu seiner Meinung zu stehen, kann sich für diesen Ordnungsantrag aussprechen. Ich habe keine Angst davor und werde den Ordnungsantrag für eine geheime Abstimmung ablehnen.

Die Aussagen seitens FDP haben mich erstaunt. Die Infrastrukturanlagen müssen lange zum voraus geplant und anschliessend auch gebaut werden. Auch unsere Nachkommen werden von den Infrastrukturen profitieren können. Die FDP hat bereits im 19. Jahrhundert den Bundesstaat aufgebaut. Sie hat in den ersten Jahren des Bundesstaates mitgeholfen, die Infrastrukturen zu errichten (Bahnen, Gotthardtunnel, ETH, Banken, Versicherungen etc.). Sie hatte damals Visionen, und sie hatte auch einen gewissen Weitblick gehabt. Zusammen mit erheblichem unternehmerischem Mut hat sie damals die Chancen gepackt. Wenn ich heute den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion höre, scheint von diesem Mut nichts mehr übrig geblieben zu sein.

Eine Anmerkung zum Votum von Thomas Wegmüller (SVP): Ich finde es schlimm, dass ein so wichtiges Projekt mit einem Pokerspiel verglichen wird. Die Sache ist ernst und kein Spiel. Wir müssen auch danach handeln, die Details sind zu erkennen und die Bevölkerung ist in das Projekt miteinzubeziehen. Bereits vor einem Jahr war der GGR zu einer Sonderfahrt mit dem Tram Bern West eingeladen. Wir durften vor Ort sehen, was mit einem solch guten Projekt alles verwirklicht werden kann. Das Infrastrukturvorhaben "Tram Bern West" ist heute nicht mehr wegzudenken. Die Lebensqualität und Attraktivität ist markant gestiegen - für die Autofahrenden, für die Tramfahrenden, für die Bewohnenden, einfach für alle.

Zum motorisierten Individualverkehr möchte ich auf eine öffentliche Veranstaltung aufmerksam machen. Der kantonale Fachspezialist hat zu der Frage betreffend vermehrter Stau erwähnt, dass wer letzten Endes keinen Stau will, dass Projekt "Tram Region Bern" befürworten sollte.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Thomas Wegmüller hat in der Zwischenzeit einen **Ordnungsantrag** für einen Sitzungsunterbruch gemäss Artikel Nr. 39 Ziffer c) Geschäftsordnung des GGR deponiert. Über diesen Ordnungsantrag ist sofort zu entscheiden.

Thomas Wegmüller (SVP): Über den Ordnungsantrag ist vor dem Änderungsantrag des FORUMS abstimmen zu lassen.

Walter Bruderer (FORUM): Meine Aussagen sind nachweisbar. Ich habe die ETH-Studie von Herrn Professor Weidmann gelesen. Die Punkte, die in der ETH-Studie erwähnt sind und jetzt nicht umgesetzt werden, müssten auch einmal erwähnt werden. All diese Punkte habe ich bereits vor rund zwei Monaten in der Bantiger Post erwähnt.

Ob das "Tram Region Bern" tatsächlich zu einer echten Aufwertung der Gemeinde Ostermundigen führt und das der entscheidende Kick ist, bleibt dahingestellt. Wir müssen uns bewusst sein, dass das Tram nur im 6-Minutentakt verkehren wird und nicht im 3-Minutentakt wie heute der Bus. Auch die Finanzen sind zu berücksichtigen. Es dürfen nicht nur die Kosten zu lasten Gemeinde Ostermundigen berücksichtigt werden. Der Kanton beteiligt sich ebenfalls mit einem sehr namhaften Betrag am Projekt.

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird vom FORUM unterstützt. Ich will in keiner Art und Weise das "Tram Region Bern" verhindern. Mir geht es darum, Klarheit und Transparenz im Projekt zu schaffen. Am 24. November 2011 ist im Telsaal eine öffentliche Orientierungsversammlung geplant. Ich bin überzeugt, dass noch viele Personen Fragen zum Projekt haben. An der letzten Versammlung durfte ich lediglich zwei meiner sieben Fragen einbringen. Die Demokratie darf nicht auf diese Art und Weise abgewürgt werden.

Das FORUM unterstützt deshalb die Rückweisung des Geschäftes zur Verbesserung!

Ernst Hirsiger (SVP): Die Debatte heute Abend erinnert mich an die Auseinandersetzungen beim Geschäft "Sanierung der Bernstrasse" vor ein paar Jahren. Bereits damals gab es zwei Lager, welche unterschiedlicher Meinung waren. Heute geht es um ein regionales Projekt. Man kann mit gutem Gewissen geteilter Meinung sein. Es gibt noch offene Fragen und ich möchte beliebt machen, dass wir auf ein weiteres sogenanntes "Schaulaufen vor der Presse" verzichten. Die Meinungen wurden bereits vor der heutigen Sitzung gemacht. Die Journalisten haben bereits vorgängig die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten um ihre Meinung angefragt.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ist dieses Votum als ein Ordnungsantrag nach Artikel 39 GO GGR oder lediglich als eine Meinungsäusserung zu verstehen?

Ernst Hirsiger (SVP): Das ist lediglich eine Meinungsäusserung.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die FDP-Fraktion schlägt bei diesem Projekt eine Ehrenrunde vor. Es wurden bereits viele Runden gedreht: Angefangen mit einer Zweckmäs-

sigkeitsbeurteilung, anschliessend wurde das Vorprojekt gestartet und gestützt auf dieses Vorprojekt wurde die ETH-Studie in Auftrag gegeben. Wir gehen Schritt für Schritt vorwärts und können auf die vorliegenden Ergebnisse aufbauen.

Professor Weidmann hat in seiner Studie nicht nur das Vorprojekt begutachtet, sondern auch die Zweckmässigkeitsbeurteilung. Er gibt ein klares Votum ab: Der Variantenfächer (23 Varianten wurden geprüft) ist vollständig. Nun ist keine weitere Variantenprüfung mehr vorzunehmen. Die Busvariante wurde auch in Ostermundigen geprüft. Die ausgeschlossenen Varianten wurden begründet ausgeschlossen. Die Umstellung der Linie 10 von Bus- auf Trambetrieb ist der richtige Entscheid.

Der GGR hat dem Vorprojektierungskredit zugestimmt. Bereits damals war allen die Richtungsvorgabe bekannt. Es macht wenig Sinn, jetzt noch andere Varianten zu prüfen, und wir sollten nicht nochmals zurück zur Zweckmässigkeitsbeurteilung gehen. Die Linienführung des Trams wurde begrüsst und die gesprochenen Kredite wurden dafür eingesetzt. Auch ein Mitwirkungsverfahren ist im Anschluss an die Zweckmässigkeitsbeurteilung bereits durchgeführt worden. Die entscheidenden Fragen sind bekannt:

- Die Kapazität der Buslinie wurde hinterfragt;
- ist die vorgeschlagene Linienführung inkl. Erschliessung der Rüti mit einem Trambetrieb richtig;
- wird die Umstellung auf ein Tram begrüsst;
- etc.

Fünf Parteien haben am Mitwirkungsverfahren teilgenommen. Es ist ein sehr einheitliches Bild entstanden. Einzig bei der Linienführung wurde von Seiten FDP die Prüfung von anderen Varianten verlangt. Alle anderen Fragen wurden im Sinne des Projektes beantwortet und von den beteiligten Parteien einstimmig gutgeheissen. Zwei Parteien (SVP und FORUM) haben am Mitwirkungsverfahren nicht teilgenommen.

➤ *Zu den Kosten:*

Wir haben das ETH-Gutachten in Auftrag gegeben, um die Projektierungskosten zu überprüfen. Das Ergebnis ist auch hier klar ausgefallen: Das vorliegende Projekt "Tram Region Bern" ist im Vergleich mit anderen Tramprojekten korrekt und die Kosten werden als nicht überberrissen taxiert.

➤ *Gemeindebelastung:*

Der Gemeinderat verweist nochmals auf die Ohnehin-Kosten. Die Gemeinde Ostermundigen ist für die Werkleitungen und die Änderungen im Strassenraum finanziell zuständig. Dieser Sachverhalt ist wichtig und gilt es zu beachten. Die eigentlichen Traminfrastrukturen (Geleise, Fahrleitungen etc.) werden von Bund und Kanton finanziert. Die Gemeinden sind zuständig für die Anpassungen im Strassenraum und die Werkleitungen. In diesem Bereich gibt es auch eine Vorteilsanrechnung, d. h. wenn eine neue Werkleitung infolge der Tramführung verlegt werden muss, so hat der Kanton die Kosten zu 100 Prozent zu übernehmen. Wenn eine alte Werkleitung verlegt werden muss, dann wird die Gemeinde kostenpflichtig, da sie die Leitung ohnehin hätte ersetzen müssen. Bei mittelalterlichen Werkleitungen treffen sich der Kanton und die Gemeinde bei deren Ersetzungskosten in der Mitte. Bei einer Werkleitung, die bereits zu 50 % abgeschrieben worden ist, übernimmt der Kanton 70 % der Ersetzungskosten. Das ergibt ein gutes Kosten-/Nutzenverhältnis für die Gemeinde.

➤ *Die Rede vom Sparen:*

In welchem Rahmen soll gespart werden? Auch der Gemeinderat will die nächste Runde in Angriff nehmen. Das Bauprojekt soll erstellt werden, als dann liegen alle Angaben für eine optimale Umsetzung vor. Bei Anpassungen am Projekt ist der Schritt zum Bauprojekt der richtige Weg. Sparmassnahmen sind bei der Erschliessung der Rüti oder der SBB-Unterführung möglich, werden jedoch vom Gemeinderat in keiner Weise unterstützt. Anpassungen im Strassenraum und an den Werkleitungen werden mit diesen Sparmassnahmen nicht reduziert. Unser Kostenanteil wird in etwa gleich hoch bleiben. Sparmassnahmen könnten höchstens die Kantonsfinanzen entlasten. Für die Gemeindefinanzen sind keine grossen Einsparmöglichkeiten vorhanden.

➤ *Die zweite Tramachse:*

Diese ist für den Gemeinderat ebenfalls ein Anliegen. Eine Überprüfung hat stattgefunden. Gestützt auf das Vorprojekt gibt es eine Lösung: Die Hauptverkehrsachse via Spitalgasse und Marktgasse ist ausschliesslich für den Trambetrieb reserviert. Auf der zweiten Achse soll primär der Busverkehr zirkulieren. Eine Zweckmässigkeitsbeurteilung für die zweite Achse wurde in Auftrag gegeben. Ziel ist es, im nächsten Agglomerationsprogramm die zweite Tramachse anzumelden, damit von den Bundessubventionsbeiträgen profitiert werden kann. Die zweite Tramachse kann natürlich nicht bis ins Jahr 2014 realisiert werden. Doch auf Projektstufe muss deren Machbarkeit aufgezeigt werden.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Ich möchte einige Anmerkungen zu den Planungskosten abgeben. Die Fr. 860'000.-- sind tatsächlich für die Gemeinde Ostermundigen gut investiertes Geld und das unabhängig davon, ob letzten Endes ein "Tram Region Bern" gebaut wird oder nicht. Was momentan geplant wird, kann für sämtliche Sanierungsvorlagen (Strasse, Werkleitungen etc.) entlang der Bernstrasse benutzt werden. Der Gemeinderat geht davon aus, dass wenn wir die Planung hätten alleine finanzieren müssen, es die Gemeinde Ostermundigen letztendlich teurer zu stehen gekommen wäre. Es sind die 3,9 % vom gesamten Planungskredit (aufgeteilt auf die drei Gemeinden).

➤ *Votum der SVP-Fraktion:*

Thomas Wegmüller hat sehr saloppe Aussagen getätigt. Mich erstaunt, dass das "Tram Region Bern" mit einem Pokerspiel verglichen wird. Dem Gemeinderat wird vorgeworfen, er ignoriere den Expertenbericht und dessen Vorschlag der Etappierung. Dies alles hat mit dem Planungskredit K2 nichts zu tun. Im Expertenbericht wird die Tramachse nach Ostermundigen bestätigt. Bei Drittprojekten könnte allenfalls noch etwas "abgespeckt" werden. Dies würde der Gemeinde Ostermundigen am meisten Schmerzen zufügen, diese Drittprojekte sind die Sanierung der SBB-Unterführung oder der Rütitunnel. Die Rüti-Bevölkerung hat sich in der Zweckmässigkeitsbeurteilung für die Tramerschliessung ausgesprochen.

➤ *Zur Analyse Wirtschaftlichkeitsrechnung:*

"Wer im Stau stehen will, der soll auf das Tram umsteigen." Diese Aussage stimmt nicht. Die Wirtschaftlichkeit ist mit einem Umstieg aufs Tram vorhanden - insbesondere auch für die Gemeinde Ostermundigen.

➤ *Infrastrukturvorhaben sind in Ostermundigen stets teurer als geplant:*

Der Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport kann mit zwei grossen Projekten - Sanierung der Schulanlagen Rüti und Dennigkofen - diese Aussage widerlegen.

➤ *Der motorisierte Individualverkehr steht mit einer Tramführung im Stau:*

Ein Bus im 2-Minutentakt verursacht Stau; auch wenn Busbuchten vorhanden sind. Mit der neuen Tramlinienführung wird sich die Verkehrssituation durch Ostermundigen verbessern.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Das Votum der FDP-Fraktion, es werde sinnlos Geld in Infrastrukturanlagen ausgegeben, erstaunt mich sehr. Es ist doch sonnenklar: Ohne gut funktionierende Infrastrukturanlagen gibt es keine verbesserte Wirtschaftslage. Als Beispiel für meine Aussage kann die Stadt Zürich beigezogen werden. Dort wurden Bundesgelder sinnvoll in ein S-Bahnnetz investiert.

Ich möchte drei Ergänzungen aus der Sicht der Gemeindebetriebe abgeben.

1. Bernstrasse "West": SBB-Unterführung bis Dreieckanlage

Der Rahmenkredit für die Sanierung der Wasserleitungen wurde vom Souverän am 25. November 2007 bewilligt. Wir nehmen jetzt die Planung für eine Leitungssanierung mit/ohne "Tram Region Bern" an die Hand. Die Planung ist zu über 70 % deckungsgleich. Für die Hauseigentümer sind die Bauarbeiten ebenfalls fast identisch. Demnächst wird mit den betroffenen Hauseigentümern Kontakt aufgenommen. Ein einziger Unterschied kommt in der Strassenentwässerung zur Anwendung. Bei einer Tramführung muss die Strassenentwässerung verlegt werden. Wenn die Volksabstimmung für das "Tram Region Bern" abgeschlossen ist, kommt für die Gemeindebetriebe die Variante mit Tram oder die Variante ohne Tram zur Ausführung. Die Gemeindebetriebe wissen heute noch nicht, wie die genaue Tramführung durch Ostermundigen aussieht. Diese muss vor der Volksabstimmung bekannt sein und dann kann auch festgelegt werden, wo die Tramarbeiten beginnen werden. Die Verlegungen der Werkleitungen werden auf die Liegenschaftsbesitzenden, die Gewerbebetreibenden und die Benützerinnen und Benützer der Bernstrasse Rücksicht nehmen.

2. Bernstrasse "Mitte": Dreieckanlage bis Mitteldorfstrasse

In diesem Abschnitt führt die Gasleitung definitiv zu Problemen. Seit der Gasexplosion im Nordring wurden in Ostermundigen praktisch sämtliche Gasleitungen saniert. Die Gasleitung muss in diesem Abschnitt nach dem Jahr 2012 unbedingt saniert werden. Untersuchungen seitens ewb haben gezeigt, dass mit den Arbeiten bis ins Jahr 2014 resp. mit dem "Tram Region Bern" koordiniert werden können. Auch die Planung für die Sanierung der Werkleitungen benötigt eine gewisse Vorlaufzeit.

3. Sanierung Bernstrasse wird ausgeführt

An der Arterie (Werkleitungen) wird etwas verändert. Das bedeutet, dass alle übrigen Leitungssanierungen in dieser Zeitspanne hinten anstehen müssen. Es darf im Dorf nur eine

zentrale Baustelle existieren. Dieses Credo nimmt sich auch die Abteilung Tiefbau für die Strassensanierungen zu Herzen.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Die Finanzen wurden logischerweise verschiedentlich angesprochen und deshalb möchte ich mich als Finanzvorsteherin auch noch kurz zum Geschäft äussern.

➤ *Votum E. Hirsiger (SVP): Meinungen sind bereits gemacht.*

Eigentlich ist es traurig, dass dieser Sachverhalt bereits so ist. Das Parlament ist für das parlieren, reden, diskutieren zuständig. Das bedeutet auch, einander zuzuhören. Vielleicht können noch unbekannte Argumente entgegen genommen werden. Es wäre sehr schade, wenn die Meinungen bereits vorgängig gemacht worden sind.

➤ *Voten H. Schoop (FDP) und T. Wegmüller (SVP):*

Die Entwicklung und die Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen sind in der Botschaft auf Seite 2, 7 und 8 dargestellt. Bereits an der letzten Parlamentssitzung wurde vertieft über die Gemeindefinanzen diskutiert. Die Folgen wurden auch im Zusammenhang mit der Motion der SVP-Fraktion betreffend Einsetzung der Mehrwertabschöpfung dargestellt. Die Ohnehin-Kosten für die Strassenerhaltungsmassnahmen werden von der Gemeinde Ostermundigen finanziert. Wenn diese Arbeiten in Zusammenhang mit dem "Tram Region Bern" ausgeführt werden können, dann wird für die Gemeinde Ostermundigen ein "Return on Investment"¹ möglich sein. Ohne Tram müssen die finanziellen Mittel ebenfalls und ohne Gegenwert auf den Tisch gelegt werden. Das "Tram Region Bern" ist ein Jahrhundertprojekt und für die Gemeindeentwicklung unerlässlich. Eine solche Chance wird sich in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr ergeben.

➤ *Votum H. Schoop (FDP): Finanzen des Kantons sind in die Wirtschaft zu investieren.*

Dazu gibt es zwei Aspekte zu beachten:

1. Wenn die Finanzen resp. die gleichen finanziellen Mittel des Projektes "Tram Region Bern" in die allgemeine Wirtschaft investiert werden, dann fallen die Subventionsbeiträge aus dem Agglomerationsprogramm seitens Bund aus. Es gibt genügend andere Regionen in der Schweiz, die sich für einen solchen Bundessubventionsbeitrag die Hände lecken würden. Wenn die Gemeinden Bern, Köniz und Ostermundigen den Agglomerationsfonds für das "Tram Region Bern" nicht wollen, dann haben wir wenig Intelligenz gezeigt und schaden uns nur selbst. Das "Tram Region Bern" ist eine Investition in die Wirtschaft für die ganze Region. Das ist unsere Chance! Mit dem Tram erhält die Gemeinde Ostermundigen eine gute Gegenleistung.
2. Die Finanzkommission hat das Projekt kritisch begutachtet und diskutiert. Sie hat sich einstimmig für den Projektierungskredit ausgesprochen.

Ich appelliere an das Parlament, die bereits gefasste Meinung nochmals zu überdenken.

¹) LEO-Wörterbuch: = Ertrag aus investiertem Kapital

Rahel Wagner (EVP): Vieles wurde heute Abend bereits erwähnt. Die gemeinderätlichen Erläuterungen sollten die Parlamentsmitglieder zu einer Zustimmung zum Projektierungskredit K2 "Tram Region Bern" bewegen. Ich möchte noch ein Zitat von Bertold Brecht (oder so?) verlesen: "*Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.*" In diesem Fall kann von echter Grösse gesprochen werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte kurz die Situation zusammenfassen. Das ist wichtig für die Klarheit bei der Beschlussfassung. Bei fehlerhaftem Vorgehen bitte ich den Rat um entsprechende Intervention. Es liegen die folgenden Anträge vor:

- Zwei Verfahrensanträge (geheime Abstimmung und Abstimmung mit Namensaufruf) über die zuerst abgestimmt wird.
- Wenn der Sitzungsunterbruch beschlossen wird und die gleichen Anträge noch vorhanden sind wird über den **Rückweisungsantrag** abgestimmt. Wenn dieser Rückweisungsantrag angenommen wird, ist das Abstimmungsverfahren abgeschlossen. Wenn er hingegen abgelehnt wird, dann werden wir anschliessend über den **Änderungsantrag des FORUMS** einzeln abstimmen. Letzen Endes werden wir die **Schlussabstimmung** vornehmen.

Ich möchte über den Ordnungsantrag der SVP-Fraktion auf Sitzungsunterbruch während fünf Minuten abstimmen lassen:

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch wird mehrheitlich genehmigt.

- - - - - **P a u s e** - - - - -

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Eduard Rippstein (CVP) möchte seinen Ordnungsantrag "Abstimmung mit Namensaufruf" nur in der Schlussabstimmung anwenden lassen. Gibt es neue oder zurückgezogene Anträge?

Walter Bruderer (FORUM): Unser **Änderungsantrag** sieht wie folgt aus: Die Ziffern Nr. 1 und 2 bleiben bestehen und die Ziffer Nr. 6 ist dahin zu verstehen, dass das Parlament von Ostermundigen das "Tram Region Bern" primär unterstützt, doch es muss bereits heute etwas in dieser Richtung geschehen. Wir können nicht sieben Jahre auf eine neue Tramlinienführung warten. Wir wollen nicht stur sein und ziehen die Ziffer Nr. 6 des Änderungsantrages zurück.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Ziffern Nr. 1 und 2 des Änderungsantrags können vom Gemeinderat akzeptiert werden. Der Gemeinderat wird sich für eine zweite Tramachse in der Innenstadt einsetzen.

Henrik Schoop (FDP): Wir stellen einen **Eventualantrag**, wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird. Dieser lautet wie folgt:

Antrag auf Volksabstimmung gemäss Artikel 58 der Gemeindeordnung.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Beschluss soll gemäss Artikel 58 Gemeindeordnung freiwillig dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden. Über diesen Eventualantrag wird ganz am Schluss abgestimmt. Die Haltung des Parlamentes muss bekannt sein und letztendlich in die Abstimmungsbotschaft einfließen.

Es liegen keine weiteren Voten mehr vor. Es sind nach wie vor 35 Ratsmitglieder anwesend. Wir können die Abstimmungen vornehmen. Zuerst stimmen wir über den **Ordnungsantrag FORUM** auf geheime Abstimmung nach Artikel Nr. 44 Absatz 2 Geschäftsordnung des GGR ab.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag des FORUMS auf geheime Abstimmung wird mit 33 zu 1 Stimme abgelehnt.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte beliebt machen, zuerst über unseren Änderungsantrag betreffend die Beschlusseziffern Nr. 1 und 2 abstimmen zu lassen. Wenn diesem Änderungsantrag zugestimmt wird, kann eventuell der Rückweisungsantrag zurückgezogen werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das von Walter Bruderer vorgeschlagene Vorgehen ist richtig. Zuerst stimmen wir über den **Änderungsantrag FORUM** Ziffer für Ziffer ab. Ich zitiere nochmals die beiden neuen Beschlusseziffern:

- 1. Der Gemeinderat hat dafür zu sorgen, dass die Kosten, die Ostermundigen zu tragen hat, den Betrag von 40 Mio. Franken NICHT übersteigen (inkl. Mehrwertsteuer, inkl. Kostenprognosen von + 20 %, jedoch exkl. Teuerung von ca. 1 % pro Jahr).*
- 2. Der Gemeinderat hat vom Kanton zu verlangen, dass bis zur Trambetriebsaufnahme eine zusätzliche Tramstrecke zwischen Zytglogge und dem HB-Bern einsatzbereit ist ODER ein sofort funktionsfähiger Busbetrieb den fehlenden Trambetrieb ersetzen kann.*

A b s t i m m u n g :

- Die neue Beschlussesziffer Nr. 1 des Änderungsantrags FORUMS wird mit 34 zu 0 Stimmen angenommen.
- Die neue Beschlussesziffer Nr. 2 des Änderungsantrags FORUMS wird mit 30 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Als nächstes stimmen wir über den **Rückweisungsantrag** der FDP-Fraktion ab.

A b s t i m m u n g

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 21 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Als nächstes stimmen wir über die „Abstimmung mit Namensaufruf (Art. 44 Abs. 3 GO GGR)“ ab.

A b s t i m m u n g

12 Ratsmitglieder stimmen dem Wunsch nach „Abstimmung mit Namensaufruf“ zu.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Somit kommen wir zur Schlussabstimmung unter Namensaufruf. Ich verlese nochmals den überarbeiteten Beschlusstext. Dieser lautet wie folgt:

1. *Der Gemeinderat hat dafür zu sorgen, dass die Kosten, die Ostermundigen zu tragen hat, den Betrag von 40 Mio. Franken nicht übersteigen (inkl. Mehrwertsteuer; inkl. Kostenprognosen von + 20 %; exkl. Teuerung).*
2. *Der Gemeinderat hat vom Kanton Bern zu verlangen, dass bis zur Trambetriebsaufnahme eine zusätzliche Tramstrecke zwischen Zytglogge und dem Hauptbahnhof Bern einsatzbereit ist oder ein sofort funktionsfähiger Busbetrieb den fehlenden Trambetrieb ersetzen kann.*
3. *Für die Erarbeitung eines Bau-/Auflageprojekts Tram Region Bern wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit (K2) von Fr. 860'000.-- bewilligt.*
4. *Mit dem bereits am 2. Juli 2009 bewilligten Kredit (K1) von Fr. 605'000.-- für die Erarbeitung des Vorprojektes erhöht sich somit der gesamte Projektierungskredit auf Fr. 1'465'000.--.*
5. *Der gesamte Projektierungskredit ist später in den Baukredit aufzunehmen.*

Abstimmung unter Namensaufruf:

Name Vorname	JA	Nein	Enthaltung
Bendoza Thomas (FORUM)	X		
Biner Jacques (SP)	X		
Bolliger Renate (EVP)	entschuldigt abwesend		
Bracher Peter (SVP)		X	
Bruderer Walter (FORUM)	X		
Burkhalter Hans-Rudolf (GRÜNE)	X		
Dogan Aziz (SP)	X		
Fels Silvia (EVP)	X		
Gfeller Heinz (FDP)		X	
Grossniklaus Bruno (SP)	X		
Hausammann Hans-Rudolf (SVP)		X	
Hirsiger Ernst (SVP)		X	
Hirt Bruno (GRÜNE)	X		
Kehrli Rudolf (SP)	X		
Landolf Marianne (SVP)		X	
Leumann Beat (FDP)	abwesend		
Löhner Sandra (CVP)	X		
Mahler Rudolf (SP)	X		
Müller Lucia (SVP)		X	
Nova Colette (SP)	X		
Riesen Norbert (SP)	Ratspräsident stimmt nicht ab		
Rippstein Eduard (CVP)	X		
Rüfli Roland (FORUM)	X		
Schaller Esther (FORUM)	X		
Schär Roger (parteilos)	X		
Schärer Liliane (SP)	entschuldigt abwesend		
Scheidegger Jürg-Sven (SP)	abwesend		
Schenk Madeleine (FORUM)	X		
Schoop Henrik (FDP)		X	
Schröer Chris (EVP)	X		
Truog Markus (SVP)		X	
Wagner Peter (EVP)	X		
Wagner Rahel (EVP)	X		
Weber Beat (SVP)		X	
Wegmüller Nadine (SVP)		X	
Wegmüller Thomas (SVP)		X	
Werner Michael (FDP)	entschuldigt abwesend		
Wiedmer Rudolf (SP)	X		
Zaugg Gerhard (SVP)		X	
Zeyer Christian (SP)	X		
Total 39 (Präsi stimmt nicht)	22	12	0

Der revidierte Beschlusstext zum Projektierungskredit K2 des "Tram Region Bern" wird mit 22 zu 12 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Jetzt muss das Parlament noch entscheiden, ob der vorliegende Beschluss einer fakultativen Volksabstimmung gemäss Artikel Nr. 58 Gemeindeordnung unterbreitet werden soll. Dabei handelt es sich um den **Eventualantrag** der FDP-Fraktion.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte dem Parlament beliebt machen, am vorstehenden Entscheid festzuhalten und mit der Projektierung weiterzufahren. Eine zusätzliche Volksabstimmung führt zu einer Verzögerung. Die anderen Gemeinden müssten ebenfalls zuwarten. Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Verantwortung wahrzunehmen. Ein Volksentscheid ist nicht notwendig.

Henrik Schoop (FDP): Bis zum Volksentscheid kann der Gemeinderat die Planung im Rahmen seiner Finanzkompetenz weiterführen.

Begründung:

Die FDP-Fraktion wird den Verdacht nicht los, dass die Höhe der Projektierungskredite bewusst so gewählt wurde, dass keine obligatorischen Volksabstimmungen nötig werden. Dies ist mit dem schweizerischen Demokratieverständnis nicht vereinbar. Die Frage sei erlaubt: Fürchten die verantwortlichen Behörden den Volksentscheid?

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Voten mehr vor. Somit möchte ich die Abstimmung zum Eventualantrag vornehmen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ein Hinweis sei mir noch erlaubt. Das Votum von Henrik ist nicht richtig. Wir können mit der Projektierung erst weiter fahren, wenn die Zustimmung von allen drei beteiligten Gemeinden vorliegt. Die Zeitverzögerung ist für den gemeinsamen Volksentscheid im Jahr 2014 ein zu grosses Risiko. Das Zeitfenster, welches vom Bund vorgegeben wird, muss unbedingt eingehalten werden, um letztendlich von den Subventionsbeiträgen profitieren zu können.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Somit kommen wir zur Abstimmung über den **Eventualantrag** FDP-Fraktion:

Antrag auf eine verbindliche Volksabstimmung

A b s t i m m u n g :

Der Eventualantrag wird mit 19 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Erlaubt sei mir nur ein Satz: Gemäss der Aussage vom anwesenden Herrn Rutz konnte der finanzielle Rahmen des Projektierungskredits K1 eingehalten werden.

----- viertelstündige Pause -----

Sandra Löhner (CVP) und Nadine Wegmüller (SVP) verlassen um 20.00 Uhr die Sitzung. Neu sind **33 Ratsmitglieder** anwesend.

10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher 10.11)
10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform

47. Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR): Teilrevisi- on; Genehmigung

GPK-Präsident Walter Bruderer (FORUM): Wir haben auch dieses Geschäft sorgfältig geprüft. Das Geschäft ist im Prinzip behandlungsreif. Die GPK-Mitglieder haben einen Änderungsantrag (siehe GPK-Protokoll vom 19.10.2011 - Seite 76 ff) für einen korrigierten Artikel 45 GO GGR gestellt. Der **Antrag der GPK** lautet:

Die oder der Vorsitzende stimmt bei der Abstimmung nicht mit. Bei Stimmgleichheit gibt sie oder er den Stichentscheid, der begründet werden kann.

Ich bitte die Ratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Dieser Antrag gilt bei allen Arten von Abstimmungen. Der GPK-Antrag wurde im Büro GGR besprochen und befürwortet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit hat das Parlament über die Teilrevision GO GGR inkl. geänderten Artikel Nr. 45 abzustimmen. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird genehmigt.
2. Die überparteiliche Motion vom 20. Mai 2010 betreffend effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die überparteiliche Motion vom 25. März 2010 betreffend Regionalkonferenz (RK): potenzielle Aufgaben der Gemeindeparlamente wird als erledigt abgeschrieben.

10.22.2.54 UeO „VELOstattAUTO“

48. Überbauungsordnung "VELOstattAUTO"; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das Geschäft wurde von der GPK geprüft. Sie erachtet das Geschäft als behandlungsreif und zulässig, sobald die unterzeichnete Vereinbarung vorliegt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Im GPK-Protokoll vom 19.10.2011 wurde noch auf die fehlende Vereinbarung sowie den zu hinterlegenden Schuldbrief aufmerksam gemacht. Die Vereinbarung zwischen der Gemeinde Ostermundigen und den beiden Wohnbaugenossenschaften „Oberfeld“ und „Atlantis“ wurde allseitig und rechtsgültig unterschrieben. Der Grundpfandvertrag mit der Errichtung eines Namensschuldbriefes inkl. Dienstbarkeitsvertrag für das Näherbaurecht liegt unterschrieben vor. Damit liegen alle rechtlichen Mittel vor, um die Überbauungsordnung verabschieden zu können.

Peter Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion begrüsst diese autofreie Siedlung im Oberfeld. Dadurch entsteht die Möglichkeit zur Reduktion der vorgeschriebenen Autoparkplätze auf einen Platz pro zehn Wohnungen. Es sind aber mindestens zehn Parkplätze für die Überbauung „VELOstattAUTO“ zu erstellen. Im Mitwirkungsverfahren hat sich die EVP positiv zu dieser „speziellen“ Überbauungsordnung geäussert. Mit der zusätzlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Ostermundigen und den Wohnbaugenossenschaften „Atlantis“ und „Oberfeld“ wird die Überbauungsordnung ergänzt. So ist es möglich, bei Verhaltensänderungen bzw. Bewohnerwechsel die Realisierung zusätzlicher Autoabstellplätze zu verlangen. Die Vereinbarung regelt auch die für die Gemeinde nötigen rechtlichen Sicherheiten zur Durchsetzung dieser Anordnungen. Im Vorprüfungsverfahren hat das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Überbauungsordnung als genehmigungsfähig bezeichnet mit der Auflage, dass die Vereinbarung integrierender Bestandteil der UeO sein muss. So wird die EVP der Überbauungsordnung zustimmen.

Colette Nova (SP): Die Überbauung steht der Gemeinde Ostermundigen gut an. Es ziehen hoffentlich neue und gute Steuerzahlende nach Ostermundigen. Das wirkt sich positiv auf die Gemeindeentwicklung und die Gemeindefinanzen aus. Dass ein Teil der Überbauung Oberfeld autofrei gebaut werden soll, ist ebenfalls ein Pluspunkt für alle Verkehrsteilnehmenden. Im motorisierten Individualverkehr verkehren keine zusätzlichen Autos und der öffentliche Verkehr geniesst einige neue Kunden. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Vielen Dank dem Gemeinderat für die gute Vorlage und die Zusammenarbeit mit der Bauherrschaft.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Überbauungsordnung kann grünes Licht erteilt werden. Sämtliche Grundlagen sind vorhanden. Mit der Überbauungsordnung wird sichergestellt, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Parkplätze gebaut werden können. Das Experiment soll zu einem Farbtupfer in unserer Gemeinde führen. Ich wünsche der Überbauung schon heute viel Erfolg.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine weiteren Voten mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden.

B e s c h l u s s :

1. Der Überbauungsordnung „VELOstattAUTO“ wird zugestimmt.
2. Die Überbauungsordnung „VELOstattAUTO“ wird dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung eingereicht.

Christian Zeyer (SP): Im Namen der Wohnbaugenossenschaft Oberfeld möchte ich den besten Dank dem GGR wie dem Gemeinderat für die Zustimmung aussprechen. Während zweier Jahre wurden harte Verhandlungen mit der Gemeindeverwaltung geführt, bis wir zur heutigen Vorlage gekommen sind. Ein Dankeschön gebührt ebenfalls dem Gemeindepräsidenten.

40.9.07 Worble

49. Hochwasserschutz Worble im Abschnitt Fussgängerbrücke Rörswil bis Gemeindegrenze Bolligen; Kreditbewilligung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das Geschäft wurde von der GPK geprüft. Sie erachtet das Geschäft als behandlungsreif und zulässig.

Walter Bruderer (FORUM): Die Worble ist natürlich auch für das FORUM ein Begriff. Die Problematik bei diesem Geschäft liegt darin, dass die Gemeinde Stettlen, welche sich stark für den Hochwasserschutz einsetzt, auch auf die Gemeinde Ostermundigen Einfluss nehmen soll. Ursprünglich sah das Projekt ein Hochwasserschutzrückhaltebecken auf der Höhe Stettlen bis Boll vor. Dieses Projekt darf nicht sterben. Bei Hochwasserstand darf nur eine gewisse Wassermenge Richtung ehemalige Kartonfabrik (heute Bernapark) fliessen, ansonsten führt es dort immer zu Überschwemmungen. Wenn ein Rückhaltebecken erstellt wird, dann wird die Problematik für die Bernapark AG und den Hesspark minimiert. Zwischen Stettlen und Bolligen fliesst praktisch kein Wasser in die Worble. In der Botschaft wird erwähnt, dass die Worble im Abschnitt Hesspark bis Bolligen praktisch kein Wasser führt. Am letzten Sonntag habe ich einen Augenschein vor Ort getätigt und ich kann dem Parlament mitteilen, dass in der Worble mindestens soviel Wasser wie im Lötschenbach abfliesst.

Heinz Gfeller (FDP): Die fragliche Verabschiedung des Geschäftes in der GPK hat mich bewogen, die Hintergründe und Grundlagen nochmals in der Abteilung Tiefbau verifizieren zu gehen. Die Vorlage hat die obligatorische Sanierung der Worblewasserführung auf der Basis des kantonalen Gewässerrichtplanes 1999 zum Gegenstand. Herr Mario Rech und Frau Heidi Sterchi haben mir dabei glaubhaft und zweifelsfrei aufgezeigt, dass die Vorlage 100 % unabhängig ist von den geplanten und geforderten Sanierungsmassnahmen in der Gemeinde Stettlen/Deisswil. Ebenso unabhängig ist der von Herrn H.U. Müller in der letzten GGR-Sitzung geäusserte Wunsch für die Umgestaltung des Gebäudeinnern der Fabrik, die wohl im privaten Rahmen umgesetzt werden muss.

Das neue Führen der Worble neben dem Fabrikgebäude Deisswil auf Ostermundiger Gemeindegebiet als Voraussetzung für eine Umgestaltung im Kartonfabrikgebäude ist bereits im kantonalen Gewässerrichtplan 1999 vorgesehen und muss in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Stettlen in nächster Zeit realisiert werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage des Gemeinderates ohne Vorbehalte.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion tut sich mit diesem Kreditgeschäft schwer. Nicht wegen des Geschäfts an und für sich - der Hochwasserschutz Worble ist sicher sinnvoll - aber wir haben noch zu viele Fragezeichen. Die EVP hat den Verlauf dieses Geschäftes geprüft und ist auf Folgendes gestossen:

- Nach den massiven Hochwasserereignissen 1986 und 1987 hat der Kanton die Gemeinden Worb, Vechigen, Stettlen, Ostermundigen, Bolligen und Ittigen aufgefordert, ein Hochwasserschutzkonzept einzureichen. Es sind daraufhin 14 Jahre vergangen, bis der Regierungsrat den Gewässerrichtplan Worble am 18.10.2000 genehmigt hat.

- Dann vergingen wieder acht Jahre bis der Gemeinderat Ostermundigen am 25. November 2008 die Detailplanung beschloss. Auch hier hat es anscheinend nicht so pressiert. Denn seit diesem Beschluss sind wieder drei Jahre vergangen.
- Das Hochwasserschutzprojekt Worble liegt nun also seit 25 Jahren auf dem Tisch. Während dieser Zeit hätte längstens wieder ein Hochwasser mit grossen Schäden passieren können. Dies hat man aber anscheinend bis jetzt in Kauf genommen.
- Für die EVP ist es unverständlich, dass man das Projekt entkoppelt hat, also die Teilstrecke bei der ehemaligen Karton Deisswil und die vorliegende Strecke separat beplant. Gerade die Planung auf dem Firmenareal birgt viele Möglichkeiten. Wir haben anlässlich der GGR-Sitzung im Bernapark die Worte von Herrn Müller gehört: Er ist für alles offen, was die Worble anbelangt. Nach Meinung unserer Fraktion birgt die Planung für das Areal Bernapark grosse Chancen, den Abschnitt Rörswil/Fussgängerbrücke bis Gemeinde Bolligen mit einem viel kleineren Kostenaufwand realisieren zu können. Kann nämlich das Wasser bei Deisswil mit den entsprechenden Massnahmen zurückgehalten werden, braucht es - unserer Auffassung nach - auf der vorliegenden Teilstrecke Rörswil/Bolligen weniger ausgeprägte Massnahmen. Gestützt wird die Ansicht der EVP auch durch die Beschreibung des Investitionsvorhabens im Zusammenhang mit dem Finanzplan 2011 - 2015. Dort heisst es im Abschnitt „Situationsanalyse“ wie folgt: „Für die Gemeinden Bolligen, Stettlen und Ostermundigen hat die Dimensionierung des Rückhaltevolumens resp. der abzuleitenden Wassermenge grossen Einfluss auf die Grösse des Bachprofils und das Trennbauwerk im Abschnitt Rörswil.“ Weiter heisst es, dass die Abklärungen für den Rückhalt von Hochwassern in den Gemeinden Stettlen, Vechigen und Worb abgeschlossen seien. Hier muss nun aber der Abschnitt bei der ehemaligen Kartonfabrik Deisswil ausgenommen werden. Wenn in den Gemeinden Worb, Vechigen und Stettlen bereits Rückhalte realisiert werden und dann allenfalls auch noch auf dem Areal Kartonfabrik, so ist schnell einmal auszurechnen, dass dies auf die Teilstrecke Rörswilbrücke bis Grenze Bolligen einen sehr grossen Einfluss hat.
- In der Botschaft auf Seite 5, Punkt 2.6, wird angeführt, dass der Wasserbauplan Abschnitt Kartonfabrik Deisswil bis Fussgängerbrücke Rörswil mit der ZPP Nr. 13 koordiniert wird. Anschliessend soll diese Zone mit Planungspflicht (ZPP) in eine Überbauungsordnung überführt werden. Es wird mit einem Zeithorizont von zwei Jahren gerechnet. Zwei Jahre erscheinen gegenüber den 25 Jahren, während denen man dieses Geschäft hinzog, kaum noch erwähnenswert. Und im GPK-Protokoll ist zu lesen, dass der Abschnitt Kartonfabrik momentan bearbeitet und im nächsten Jahr dem GGR zur Kreditbewilligung vorgelegt wird.
- Die Frage ist noch, welche Möglichkeit zur Schadenbegrenzung bei einem Hochwasser in der Zwischenzeit besteht. Auf Seite 3 der Botschaft unter Punkt 2.3. steht, dass das Wasser der Worble heute *im Wesentlichen* --> (das heisst nicht vollständig) durch den Mühlekanal geführt wird. Die Wehranlage beim Rörswilgut bewirke, dass dem Mühlekanal die gesamte Wassermenge zufliesst und das seitens der Gemeinde Bolligen schon ausgebaute Bachbett der Worble, bis auf Hangwasser oder *die freiwillig zugeleitete Restwassermenge*, trocken sei. Diesen Ausführungen entnimmt die EVP-Fraktion, dass es möglich ist, Restwasser in das bestehende Bachbett der Worble einzuleiten. Wir sind deshalb der

Meinung, dass bei einem Hochwasser die Restwassermenge erhöht werden könnte und so eine Teilung der Flut möglich wäre.

- Zu guter Letzt spreche ich nochmals die Finanzen an. Im Finanzplan 2011 - 2015 figuriert das Projekt unter der Priorität 2 und nicht 1. Die Beiträge von Bund und Kanton liegen heute bei mündlich zugesicherten 64 %. Dass diese Beiträge durch die ebenfalls prekäre Finanzlage des Kantons gekürzt werden könnten, ist nachvollziehbar. Andernteils könnte mit dem Kanton sicher jetzt schon verhandelt und dargelegt werden, dass das Projekt des Abschnitts Kartonfabrik das nächste Jahr vorliegt und die mündliche Zusicherung deshalb bis dahin aufrechterhalten werden soll. Dies im Blick darauf, dass die Kosten allenfalls reduziert werden könnten.

Die EVP hätte auf all diese Punkte gerne eine Antwort. Je nachdem behält sie sich vor, für oder gegen den Kredit zu stimmen.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion vertraut den Planern der Abteilung Tiefbau. Wir dürfen nicht noch länger zuwarten - wir sind glücklicherweise in der letzten Zeit von keinem neuen Hochwasser betroffen gewesen. Die Bilder letzte Woche im Fernsehen vom Hochwasser im Berner Oberland waren eindrücklich genug.

Fakt ist: Bei einem Hochwasser im Worblental steht das Hessgut unter Wasser. Wir stimmen dem Kredit zu, da der Schaden ein Vielfaches grösser sein wird. Uns hat sich noch eine Frage gestellt: Wie beteiligt sich die RBS an den Hochwasserschutzkosten? Die RBS ziehen einen grossen Nutzen aus den Sanierungsvorkehren.

Stimmzähler Roger Schär (parteilos): Der Hochwasserschutz ist ein Muss! Es gibt eine gesetzliche Wasserbaupflicht und wir müssen den Hochwasserschutz daher sicher realisieren. Die Wasserbaupflicht gilt auch für die Gemeinde Stettlen.

Wir tragen auf der Strecke der Worble entlang der Fussgängerbrücke bei Hochwasser ein grosses Risiko. Die Unterspülung der Bahngleise der RBS kann zu hohen Schäden führen. Die Gemeinde Ostermundigen trägt im Schadenfall das Risiko. Dieses Risiko besteht unabhängig davon, ob die Projekte weiter oben realisiert sind oder nicht. In Stettlen (Teil Stettlenmoos) wird es nun mit dem Projekt vorwärts gehen, da die Bauern dem vorgeschlagenen Rückhalt zugestimmt haben. Ittigen hat teilweise die Hochwasserschutzvorkehren umgesetzt. Auch Bolligen hat schon Wasserschutzbauten installiert. Worb hat diesen Herbst mit dem Ausbau begonnen.

Die Teilstücke basieren auf der einheitlichen Planung des Kantons und können daher unabhängig von einander realisiert werden. Wie bereits heute Abend erwähnt worden ist, kann in zwei, drei Jahren nicht mehr mit den gleich hohen Subventionsbeiträgen seitens Kantons gerechnet werden. Mit einem Aufschub gewinnen wir sicher nichts, ausser weitere Jahre in denen wir ein sehr grosses Risiko tragen.

➤ **Fazit:**

Der Hochwasserschutz ist ein Muss und nicht "schöner Wohnen". Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist klar für das vorliegende Projekt.

Walter Bruderer (FORUM): Die RBS sollten gleichzeitig den Doppelspurausbau vornehmen. Es wäre zweckmässig, die Ausbauarbeiten mit dem Hochwasserschutz zu koordinieren.

Heinz Gfeller (FDP): Vielen Dank der Vorrednerin, Rahel Wagner (EVP), sie hat uns die Entstehungsgeschichte des Hochwasserschutzes detailliert dargestellt. Dieser wird im Dialog zwischen dem Kanton und den Gemeinden vorangetrieben. Sämtliche Fakten sind eingeflossen. Der Hochwasserschutzplan ist für alle Gemeinden im Worblental verbindlich. Was passiert bei einem Hochwasser, das RBS-Geleise wird unterspült und ist nicht mehr benutzbar? Dann wird ganz einfach festgestellt, dass der Grosse Gemeinderat Ostermundigen das Projekt heute Abend abgelehnt hat und aus diesem Grund konnte die Worble nicht genügend Wasser fassen. Was geschieht dann mit den Folgekosten?

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Die Gemeinde Ostermundigen untersteht der Wasserbaupflicht und es besteht seitens des Gemeinderates der absolute Wille, ein Hochwasserunglück zu verhindern. Es existiert ein kantonaler Wasserbauplan. Daraus wurde ein Hochwasserschutzprojekt von Worb bis in die Aare errichtet. Dieses Gesamtprojekt wurde in verschiedene Abschnitte unterteilt. Die Worble soll im ganzen Verlauf ungefähr die gleiche Wassermenge anliefern. Die vorliegenden Hochwasserschutzmassnahmen müssen einzeln angeschaut werden. In dem Abschnitt muss das Gerinne vergrössert werden.

Die Gemeinde Ostermundigen ist in zwei Projekten von Hochwasserschutzmassnahmen betroffen: Der obere Teil bei der Bernapark AG und der heute vorliegende Teil bei der Fussgängerbrücke Rörswil. Die Verzögerung des Projektes ist erst mit der Schliessung der Kartonfabrik eingekehrt.

Der Ausbau des Hochwasserschutzes in diesem Abschnitt ist klar. Jetzt liegt das fertige Projekt auf dem Tisch und es kann nicht noch zwei Jahre gewartet werden. Die betroffenen Landeigentümer haben dem Ausbau zugestimmt. Die Gemeinde Ostermundigen wird ab sofort Schadenersatzpflichtig.

➤ *Votum Hans-Rudolf Hausammann (SVP):*

Der kostenmässige Anteil der RBS kann nicht beziffert werden. Im Wesentlichen trifft es jedoch die Gemeinde Ostermundigen.

➤ *Votum Walter Bruderer (FORUM):*

Es ist tatsächlich so, dass im Stettlenmoos die Zustimmung für ein Rückhaltebecken eingetroffen ist. Mit dem Bau des Beckens soll im September begonnen werden.

➤ *Votum Rahel Wagner (EVP):*

Im vorliegenden Abschnitt gibt es in Bezug auf den Hochwasserschutz eine ganze Reihe von Herausforderungen zu beachten. Einerseits gilt es den ARA-Kanal zu beachten und andererseits muss das RBS-Bahngleis berücksichtigt werden. Eine Änderung des Bachverlaufs kann ohne technische Feinheiten nicht ausgeführt werden.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Beteiligt sich die RBS an den Umbaukosten?

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger (SP): Nein, eine Kostenbeteiligung seitens RBS ist im vorliegenden Projekt nicht vorgesehen.

Rahel Wagner (EVP): Vieles ist mir bei diesem Geschäft nicht klar. Auf ein paar Fragen habe ich keine Antworten erhalten:

- Im Finanzplan wird der Investitionsbericht erwähnt. Die Dimensionierung der Wasserabflussmenge hat einen grossen Einfluss auf die Grösse des Bachprofils und vom Trennbauwerk in Rörswil. Wenn wir nicht genau wissen, wieviel Wasser ab dem Bernapark in Richtung Bolligen fliesst, fehlt ein Stein im Meccano. Auch die Restwassermenge ist unverständlich. Diese kann bei Hochwasser geteilt werden. Kann beim Kanton eine Fristerstreckung um ein Jahr einverlangt werden und der Subventionsbeitrag von 64 % bleibt unverändert? Hier geht es um ein Projekt, welches zulasten der Gemeinde Ostermundigen Kosten von Fr. 350'000.-- verursacht.

Lucia Müller (SVP): Die mögliche Mitfinanzierung der RBS wurde bereits mehrfach erwähnt. Wurde dies überhaupt jemals geprüft und wurden Verhandlungen durchgeführt? Wie sieht der Usus aus? Wir sind nicht die einzige Gemeinde, welche mit Bahntrassees zu tun hat.

Colette Nova (SP): Wir müssen zugunsten der Wasserbaupflicht Finanzen sprechen und der Kanton hilft bei dessen Finanzierung mit - umso besser. Wir können uns keine Projektaufschubung leisten und nicht länger zuwarten, es wird nur teurer und bestimmt nicht billiger.

Zum Thema "Entkoppelung" sei erwähnt, dass in der Präsentation von Herrn Müller, Bernapark AG, die Offenführung des Kanals erwähnt worden ist. Von einem Rückhaltebecken hat er nicht gesprochen. Im Allgemeinen ist es im Oberlauf wichtiger, ein Rückhaltebereich zu schaffen. Die grossen Räumlichkeiten des Bernaparks können nicht mit einem gigantischen Rückhaltebereich eliminiert werden. Was immer wir hier als Hochwasserschutzmassnahmen vorkehren, jeder Liter Wasser der durch den Bernapark fliesst, fliesst ebenfalls in Richtung Ostermundigen. Soweit mein physikalisches Verständnis. Öffnen wir das Bachbett und es kann mehr Wasser durchfliessen. Der Mühlekanal ist nur noch als sogenannter Überlaufkanal vorgesehen.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Ein Rückhaltebereich existiert im Stettlenmoos und nicht im Abschnitt der Bernapark AG. Beim Bernapark geht es primär darum, wie muss das Bachgerinne ausgebaut werden und wo passiert das, damit die dosierte Wassermenge weiterfliessen kann? Unser, in der Botschaft erwähnt Abschnitt, steht nicht in Abhängigkeit mit dem vorgängigen Abschnitt beim Bernapark.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Gemeinde erfüllt ihre Wasserbaupflicht, beteiligt sich aktiv am Hochwasserschutz und stimmt dem vorgelegten Projekt „Hochwasserschutz Worble im Abschnitt Fussgängerbrücke Rörswil bis Gemeindegrenze Bolligen“ zu.
2. Für das Ausführungsprojekt wird ein Bruttokredit von Fr. 950'000.-- bewilligt.

42.3.15 Lötchenbach

50. Ausbauten Abwasserkanal und Lötchenbach / Durchlass Bolligenstrasse; Kreditabrechnung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das Geschäft wurde von der GPK geprüft. Sie erachtet das Geschäft als behandlungsreif und zulässig.

Madeleine Schenk (FORUM): Zu diesem Geschäft habe ich auf den Ratstischen einige Fotos vom Lötchenbach verteilt. Wir haben die Abrechnung "Ausbau Abwasserkanal und Lötchenbach / Durchlass Bolligenstrasse" zur Kenntnis zu nehmen. Der Ausbau ist günstiger, als der vom GGR bewilligte Investitionskredit vom Jahr 2002 ausgefallen. Welche Gründe zu dieser Kostendifferenz geführt haben, wird in der Botschaft festgehalten.

Bei diesem Geschäft möchte das FORUM aber anfügen, dass der Lötchenbach auf der ganzen Strecke dauernd genügend Wasser führen sollte. Ihr habt auf den Tischen Fotos, welche ich diese Woche aufgenommen habe. Sie zeigen den Bach ohne Wasser, so wie er fast täglich einmal zu sehen ist. Wir hoffen einfach, dass unsere Interventionen via Tiefbau und die daraus resultierenden Abklärungen des zuständigen Wasserbauingenieurs des Kantons Bern Früchte tragen werden. In Zusammenarbeit mit dem Geologischen Büro Kellerhals + Häfeli AG, Bern, findet sich hoffentlich bald eine Lösung. Ansonsten ist es um jeden verbauten Franken schade.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Noch zwei Anmerkungen:

1. Zum erwähnten Lötchenbach kann ich nichts sagen, das betrifft die Abteilung Tiefbau. Bei einem Augenschein vor Ort habe ich festgestellt, dass überall Wasser im Bachbett fliesst.
2. Ich möchte zu einer Anmerkung der Finanzkommission noch Stellung nehmen. Es wurde bemängelt, dass die Kreditabrechnung zu spät vorgenommen wird. Die Abrechnung kommt tatsächlich spät. Die personellen Ressourcen der Abteilung Gemeindebetriebe liessen keine vorherige Kreditabrechnung zu. Die vakante Stelle des Projektleiters konnte in der Zwischenzeit behoben werden. Die Kreditabrechnungen werden nun fortlaufend vorgenommen und dem GGR zur Kenntnisnahme vorgelegt. Am Ende der Legislatur 2012 sollten möglichst alle Kreditabrechnungen nachgeführt sein.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Ausbauten Abwasserkanal und Lötchenbach / Durchlass Bolligenstrasse“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 706'428.40 (exkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.

30.4.83 Freibad

51. Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Beachsportanlage und neue Veloparkplätze - Kreditabrechnung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Das Geschäft wurde von der GPK geprüft. Sie erachtet das Geschäft als behandlungsreif und zulässig.

Rudolf Mahler (SP): Im September 2008 habe ich dem Ratssekretär, Jürg Kumli, eine Volksmotion mit rund 250 Unterschriften von Ostermundigerinnen und Ostermundiger überreichen können. Die Bevölkerung hat für ein vergrössertes Dennigkofenbad mit zwei Beachvolleyfeldern unterschrieben. Schon am 3. Juli 2010 konnte in einem vergrösserten Freibad inkl. Beachvolleyfeldern ein Fest besucht werden.

In einem Brief habe ich als Erstunterzeichner die Mitunterzeichnenden dahin gehend informiert, dass die Mühlen der Politik manchmal auch schnell drehen können. Für die schnelle und gute Umsetzung der Anliegen der Volksmotionäre möchte ich auch im Namen der 250 Unterzeichnenden ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Jetzt ist ja nicht mehr Badewetter. Doch im Sommer konnte ich mehrmals feststellen, dass die Freibaderweiterung notwendig war und die Beachvolleyanlage rege benutzt wurde.

Das die Kostenabrechnung inklusive neuer Veloparkierung Fr. 23'500.-- und wenn der Subventionsbeitrag des Sportfonds noch eintrifft, sogar fast Fr. 37'000.-- unter dem Kostenvorschlag abschliesst, ist für die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion natürlich noch das Tüpfchen auf dem i. Es zeigt sich auch hier wieder einmal, dass gesprochene Investitionskredite auch unterschritten werden können.

Lucia Müller (SVP): Ich möchte für die aktuellen und superschönen Graffitis an den Freibadfassaden ein Dankeschön aussprechen. Die Graffitis sind sehenswert und laden zu einem Sonntagsspaziergang zum Freibad ein.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Vielen Dank für die Würdigung dieses gelungenen Bauwerkes. Die Graffitis sind sehr markant und sehen wirklich gut aus.

Heute Abend wurde einmal mehr erwähnt, dass sich Ostermundigen mit der Einhaltung von Kreditlimiten schwer tut - in der Regel kostet es immer mehr. Die Kreditvorlage konnte eingehalten werden und wir haben gezeigt, dass auch Ostermundigen mit Kreditvorlagen umgehen kann.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über die „Erweiterung Bad und Beachvolleyanlage“ sowie für neue „Veloparkplätze“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 434'441.80 wird Kenntnis genommen.

10.3.72 Motionen
63.6.70 Dem Jugendamt zugewiesene Aufgaben

52. Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen; Berichterstattung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Erstunterzeichnerin ist heute Abend nicht da. Die Mitunterzeichnenden können sich zum Geschäft äussern.

Silvia Fels (CVP): Mit grossem Interesse haben wir das Familienkonzept studiert, welches die EVP-Fraktion mit der Motion vom 25. März 2010 gefordert hat. Aus diesen Ausführungen wird sehr schön sichtbar, dass in Ostermundigen bereits sehr viel im Vorschulbereich angeboten wird. Viele Angebote sind nicht mehr weg zu denken, da sie einen sehr wichtigen Teil der frühen Präventionsarbeit ausmachen. Wir möchten an dieser Stelle allen Anbietern herzlich danken für die grosse Arbeit an den Kindern und Familien. Viele leisten auch Freiwilligenarbeit zum Wohl der Familien.

Mit dieser Auflistung ist jedoch noch nicht alles erreicht, was im Familienbereich zu tun wäre. Daher ist die EVP-Fraktion ganz und gar nicht der Meinung, dass nun die Motion abgeschrieben werden könnte. In der Motion hatten wir gefordert, dass Lücken aufzuzeigen sind, und wie diese geschlossen werden könnten. Diese Forderung ist nach unserer Meinung nicht erfüllt. Mit der Motion hatten wir die Absicht, weitere Schritte im Familienbereich auszulösen, seien es auch nur kleine.

Uns ist aber auch klar, dass wir im Moment keine finanzrelevanten Forderungen stellen können. Mit schwerem Herzen verzichten wir deshalb darauf, den einen oder andern Antrag zu stellen, welcher uns einen grösseren Schritt weitergebracht hätte. Wir stellen uns also hinter die Sparmassnahmen, die wir an allen Ecken und Enden vornehmen müssen.

In Ostermundigen wäre durchaus Bedarf für ein Familienzentrum. Auch die Unterstützung der nicht professionellen Angebote wäre nach unserer Meinung sehr wichtig. Was würde passieren, wenn zum Beispiel der Elternverein nicht mehr Spielgruppen anbieten könnte? Nach unserer Meinung müsste dann die Gemeinde zwingend unterstützend eingreifen.

Folgende Forderungen möchte die EVP aber trotzdem stellen. Diese sollen jedoch keine Finanzen generieren:

1. Die Motion wird nicht abgeschrieben. Der Vorschlag des Gemeinderates löst keinen einzigen neuen Schritt aus.
2. Eine Familienkoordinationsstelle kann trotzdem bezeichnet werden. Diese hätte momentan nur Anlaufstellen-Charakter und kann im Rahmen der bisherigen Stellenprozente erfüllt werden. Bei der Einreichung der Motion wollten wir damals mit dieser Familienkoordinationsstelle nicht mehr Stellenprozente generieren.
3. Insbesondere finden wir, dass die Anbieter und die Kontaktpersonen auf die Homepage der Gemeinde gehören. Hier können Familien auf einen Blick sehen, welche Angebote existieren, ohne alles selber zusammen suchen zu müssen.
4. Im Verwaltungsbericht sollte der Gemeinderat jährlich Auskunft geben, welche weiteren Schritte geplant werden oder was Neues ausgeführt wurde.

Daher stellen wir folgende **Änderungsanträge**:

1. *Das Familienkonzept (Vorschulalter) wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Aus finanziellen Überlegungen wird der Vorschlag der EVP-Fraktion angenommen. Dieser lautet:
„Aus finanziellen Überlegungen wird auf eine Unterstützung der nicht professionell betriebenen Angebote bis auf weiteres verzichtet. Der Gemeinderat bezeichnet eine Familienkoordinationsstelle, jedoch ohne Erhöhung der Stellenprozente. Diese hätte momentan nur Anlaufstellen-Charakter und kann im Rahmen der bisherigen Stellenprozente erfüllt werden. Die Angebote im Familienbereich werden unter Angabe der jeweiligen Kontaktperson auf die entsprechende Website der Gemeinde Ostermundigen gestellt.“*
3. *Der Gemeinderat wird sich in Zusammenhang mit der Thematik Integration und Bevölkerungsstruktur dem Thema annehmen und Bericht erstatten.*
4. *Die Motion der EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Familienkonzept wird aufrechterhalten.*
5. *Im Verwaltungsbericht wird jährlich über den Stand der weiteren Schritte Auskunft gegeben.*

Wir bitten das Parlament, unsere minimalen Forderungen zu unterstützen! Wir möchten auch dem Jugendamt für das Konzept, wie auch für die vielfältige professionelle Arbeit für die Familien herzlich danken.

Bruno Hirt (Grüne): Auch die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat das Geschäft studiert. Die Vorlage ist kein Konzept, sondern eine Aufzählung von Angeboten. Wir unterstützen den Änderungsantrag der EVP-Fraktion. Das Konzept, welches heute noch ein Flickwerk darstellt, soll in Zukunft angepasst und konkreter werden.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die informativen Unterlagen. Es ist wichtig, dass wir den Antrag des Gemeinderats ernst nehmen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. In der aktuellen, finanziell überspannten Situation geht es darum, dass das Gemeindepersonal optimal in die bestehenden Gemeindeaufgaben eingesetzt werden kann. Jetzt ist nicht die Zeit für neue, vom GGR verlangte, Aufgaben im Bereich des Wunschbedarfes. Eine Familie ist grundsätzlich eine selbständige Einheit. Wenn es schief läuft, gibt es diverse Massnahmen, um im Einzelfall Unterstützung anzubieten. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Christian Zeyer (SP): Meine Frau ist Präsidentin des Elternvereins und ich habe sie um ihre Meinung gebeten. Im Moment lässt die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen nichts anderes zu. Wenn es uns besser geht, sind in diesem Bereich Verbesserungen anzubringen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Attraktivität der Gemeinde nicht nur mit einem "Tram Region Bern" besser wird; auch die freiwilligen Angebot einer Gemeinde sind sehr wichtig. Die Strategie des Gemeinderates, neue finanzstarke Bürgerinnen und Bürger in Os-

termundigen ansiedeln zu können, kann nur mit einem guten Angebot erzielt werden. Im Moment ist es nicht angebracht, über weitere Ausgaben zu sprechen.

Eduard Rippstein (CVP): Wir von der CVP-Fraktion unterstützen den Änderungsantrag der EVP-Fraktion. Familien sind etwas vom Wichtigsten. Leider gibt es viele Familien, die nicht mehr den Wunschvorstellungen entsprechen. Für jeden Fall, der vor dem Gang zur Abteilung Soziales verhindert werden kann, beträgt die Ersparnis zirka Fr. 100'000.--. Es ist vorgesehen, die Umsetzung des Familienkonzepts ohne Stellenaufstockung vorzunehmen.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Wir haben gute Voten vernommen und können uns voll und ganz diesen anschliessen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich weiss nicht, ob das Parlament die EVP-Motion Hundertprozent richtig verstanden hat. Wir sollten dafür sorgen, das die privaten Initiativen beibehalten und nicht vermehrt dem Staat übertragen werden.

Silvia Fels (CVP): Vielleicht wurde unser Anliegen falsch verstanden. Es geht nicht darum, Geld zu generieren. Das Ganze soll kostensicher aufgebaut sein. Ein Aufschalten auf der Webseite der Gemeinde Ostermundigen dient der ganzen Bevölkerung und nicht nur denen, welche eine zerrüttete Familie haben. Als Alleinfamilie kann ich keine Spielgruppe führen - wir sind auf eine Gruppe angewiesen. Solche Angebote sind vermerkt. Es geht um ein von der reformierten Kirche angebotenen Eltern-/Kind-Treff, welcher für die Gemeinde Ostermundigen unentgeltlich ist. Wir wollen nicht das Jugendamt unnötig strapazieren. Die ganze Sache soll zusammengefasst und auf der Webseite der Gemeinde publiziert werden. Dies gehört zum Service public.

Die Motion darf anschliessend noch nicht total abgeschrieben werden. Zu einem späteren Zeitpunkt muss über die Massnahmen nochmals diskutiert werden.

Bruno Hirt (Grüne): Ich bitte das Parlament, die Motion als das zu sehen, was sie ist. Es geht nicht um Kinderbetreuung ja oder nein. Ein Angebot soll dargestellt werden, welches bei einer verbesserten Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen auch realisiert werden kann. Viel ehrenamtliche Arbeit wurde geleistet. Es soll als Ermunterungszeichen verstanden werden. Die Helferinnen und Helfer sind "an der Stange" zu halten.

Christian Zeyer (SP): Ein kurzer Text (Seite 2) aus meiner Lieblingszeitung "Blick am Abend" von heute - "Krippe macht lebenslustig":

"...Der Ökonomie-Nobelpreisträger von 1992, Gary S. Becker, hat die These aufgestellt, dass Investitionen in die frühe Kindheit hohe Renditen erbringen können, weil die Nutzniesser über viele Jahre von den Erträgen profitieren..."

Heinz Gfeller (FDP): Viele Institutionen in Ostermundigen haben ihre eigenen Webseiten. Der Gemeinderat hat die Verantwortung, eine attraktive Gemeinde zu schaffen. Was wird von allen involvierten Stellen diesbezüglich geleistet? Da darf sich der GGR nicht einmischen.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP): Der vorliegende Änderungsantrag fordert eine Familienkoordinationsstelle. Eine solche Stelle kann nicht ohne Geld eingerichtet werden. Zusätzliche Aufträge sind mit zusätzlichen Finanzen verbunden. Des weitern kann ich darauf aufmerksam machen, dass die geforderten Informationen bereits auf der Homepage der Gemeinde Ostermundigen (Sparte "Kinder und Jugend") aufgeführt sind.

Ich durfte bereits an der letzten Sitzung über die zusätzlichen KiTa-Plätze orientieren. Sämtliche Plätze sind bereits belegt. Zusätzliche KiTa-Plätze wären am Schermenweg verfügbar.

Der Gemeinderat möchte seinen Antrag dem Parlament zur Zustimmung empfehlen. Wir werden unser Angebot der finanziellen Situation der Gemeinde anpassen müssen und trotzdem versuchen, laufend zu überprüfen und zu ergänzen.

Lucia Müller (SVP): Das Parlament hat oftmals die Tendenz, der Verwaltung immer mehr und neue Aufgaben mit den bestehenden finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen zu erteilen. Damit unterstellen wir dem Personal, dass sie an ihrem Arbeitsplatz nicht ausgelastet sind. Diesen Sachverstand finde ich unschön.

Rahel Wagner (EVP): Es ist langsam spät und ich glaube, das merkt man. Unser Änderungsantrag unterscheidet sich nur gering vom gemeinderätlichen Vorschlag. Wir haben lediglich die zweite Beschlusseziffer leicht abgeändert, die da heisst: "*Aus finanziellen Überlegungen wird auf eine Unterstützung der nicht professionell betriebenen Angebote bis auf weiteres verzichtet...*" Wir sagen einfach, dass eine Anlaufsstelle zur Familienkoordination bestimmt werden soll. Es muss nichts unternommen werden; lediglich Anregungen müssen gesammelt werden. Ich glaube nicht, dass das in Arbeit ausufert.

Die Beschlusseziffer drei ist gleich wie beim Gemeinderat. Als viertes möchten wir die Motion aufrecht erhalten und im letzten und fünften Punkt soll der Gemeinderat jährlich via Verwaltungsbericht über den Stand des Geschäftes orientieren. Ich hoffe, dass unser Anliegen nun Allen klar ist.

Eduard Rippstein (CVP): Zum Thema "Arbeitsteilung" haben wir heute Abend bereits einmal diskutiert. Die EVP-Fraktion hat den Wunsch geäussert, eine Koordinationsstelle einzurichten. Es muss nicht viel sein. Es wäre doch schön, wenn der Gemeinderat diesen Wunsch entgegen nimmt. Wenn die Koordinationsstelle nicht errichtet werden kann, so kann uns das der Gemeinderat immer noch kommunizieren.

Wenn ein Wunsch geäussert wird, sollte dieser nicht bereits von Anfang an abgeblockt werden! Wenn die Homepage heute schon so gut ist, dann muss nichts mehr getan werden.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP): Zum Votum "Familienkoordinationsstelle": Eltern und Jugendliche rufen bei vorhandenen Problemen zu 99 % beim

Jugendamt an. Die Anrufenden werden beraten und wenn nötig weitergeleitet. Das Angebot besteht schon, es heisst einfach nicht "Familienkoordinationsstelle". Es ist doch mit wenig Aufwand verbunden, das Wort "Familienkoordination" auf die Homepage aufzunehmen.

Silvia Fels (CVP): Es geht nicht um Familien, welche Probleme haben und es geht auch nicht um Jugendliche. Es geht für die ganze Bevölkerung um das Vorschulangebot und nicht nur um Probleme.

Bruno Hirt (Grüne): Der Vorschlag des Departementvorstehers würde uns zufrieden stellen. Die Bezeichnung "Familienkoordinationsstelle inkl. Vorschulangebot" genügt uns.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich nehme das Abstimmungsverfahren wie folgt vor: Zuerst stimmen wir über die Beschlusseziffer Nr. 2 „Formulierung des Gemeinderates gegenüber dem Änderungsantrag der EVP-Fraktion“ ab. Anschliessend stimmen wir über die Berichterstattung im Verwaltungsbericht und als letztes über die Abschreibung oder Nichtabschreibung der Motion ab.

Die Beschlusseziffer Nr. 2) des Änderungsantrages lautet wie folgt:

Aus finanziellen Überlegungen wird der Vorschlag der EVP-Fraktion angenommen. Dieser lautet:

„Aus finanziellen Überlegungen wird auf eine Unterstützung der nicht professionell betriebenen Angebote bis auf weiteres verzichtet. Der Gemeinderat bezeichnet eine Familienkoordinationsstelle, jedoch ohne Erhöhung der Stellenprozente. Diese hätte momentan nur Anlaufstellen-Charakter und kann im Rahmen der bisherigen Stellenprozente erfüllt werden. Die Angebote im Familienbereich werden unter Angabe der jeweiligen Kontaktperson auf die entsprechende Website der Gemeinde Ostermundigen gestellt.“

A b s t i m m u n g :

Die Beschlusseziffer Nr. 2 des Änderungsantrags der EVP-Fraktion wird mit 16 zu 11 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Als nächstes möchte ich über die neue Beschlusseziffer Nr. 4 abstimmen, die da lautet:

Im Verwaltungsbericht wird jährlich über den Stand der weiteren Schritte Auskunft gegeben.

A b s t i m m u n g :

Die Beschlusseziffer Nr. 4 des Änderungsantrags der EVP-Fraktion wird mit 19 zu 9 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Somit haben wir noch über die Beschlusseziffer Nr. 5 abzustimmen. Die lautet:

Die Motion der EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Familienkonzept wird aufrecht erhalten.

A b s t i m m u n g :

Die Beschlusseziffer Nr. 5 des Änderungsantrags der EVP-Fraktion wird mit 16 zu 14 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat nun noch die Schlussabstimmung vorzunehmen. Mehrheitlich fasst das Parlament den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Das Familienkonzept (Vorschulalter) wird zur Kenntnis genommen.
2. Aus finanziellen Überlegungen wird der Vorschlag der EVP-Fraktion angenommen. Dieser lautet:
„Aus finanziellen Überlegungen wird auf eine Unterstützung der nicht professionell betriebenen Angebote bis auf weiteres verzichtet. Der Gemeinderat bezeichnet eine Familienkoordinationsstelle, jedoch ohne Erhöhung von Stellenprozenten (diese hätte momentan nur Anlaufstellencharakter und kann im Rahmen der bisherigen Stellenprozente erfüllt werden). Die Angebote im Familienbereich werden unter Angabe der jeweiligen Kontaktperson auf die entsprechende Webseite der Gemeinde Ostermundigen gestellt.“
3. Der Gemeinderat wird sich in Zusammenhang mit der „Thematik Integration und Bevölkerungsstruktur“ dem Thema annehmen und Bericht erstatten.
4. Im Verwaltungsbericht wird jährlich über den Stand der weiteren Schritte Auskunft gegeben.
5. Die Motion der EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Familienkonzept wird aufrecht erhalten.

10.3.72 Motionen
30.0.52 Energiekonzept (früher 30.52)

53. Motion B. Hirt (GRÜNE) und Mitunterzeichner betreffend "Ja zur 2'000 Watt-Gesellschaft"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Bruno Hirt (Grüne): Bereits beim vorgängigen Geschäft "UeO VELOstattAUTO" ist der Begriff "grünes Licht" gefallen. Wir haben ebenfalls dem Projektierungskredit K2 "Tram Region Bern" grünes Licht erteilt. Eigentlich sind das alles zukunftsweisende Beschlüsse. Auch bei der vorliegenden Motion sind die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann gut mit dem Vorschlag des Gemeinderates leben und der Erledigung des Geschäftes bis neu *Ende 2014* zustimmen. Wir bitten den Gemeinderat, auch da für grünes Licht zu sorgen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Motionäre sind mit der Textanpassung einverstanden. Den Motionären ist noch das genaue Datum bekannt zu geben.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Die Motion rennt beim Gemeinderat offene Türen ein. Ich verweise auf die gemeinderätliche Stellungnahme. Per 1.1.2012 werden die grösseren Gemeinden des Kantons in die Pflicht genommen, den Energieverbrauch auf dem Gemeindegebiet zu reduzieren und die erneuerbaren Energien zu fördern. Dem entsprechend ist die Stellung des Energierichtplanes vorgesehen, verbunden mit der kantonalen Gesetzgebung und somit auch grundeigentümergebunden. Aufgrund dieser Sachlage, ist der Gemeinderat bereit, sich dem Geschäft anzunehmen. Der Korrektur der Umsetzungsfrist auf *Ende 2014* kann der Gemeinderat zustimmen. Somit können auch Engpässe im personellen Ressourcenbereich umgangen werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ist der Motionär mit der Abänderung des Wortlautes auf *Ende 2014* einverstanden?

Bruno Hirt: Ja, ich bin mit der Terminänderung einverstanden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 22 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion B. Hirt (Grüne) und Mitunterzeichner betreffend „Ja zur 2'000 Watt-Gesellschaft“ wird schriftlich beantwortet, im Auftrag abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
10.11.23 Postzustelldienst

54. Überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in Postulat

Bruno Grossniklaus (SP): Ich möchte nicht nochmals eine Auslegeordnung meines politischen Vorstosses vornehmen. Das Wichtigste steht im Wortlaut der Motion. Auch in den Medien wurde bereits über dieses Geschäft berichtet. Ich bin mir bewusst, dass es sich hier um eine sogenannte Richtlinien-Motion handelt. Ich bin nicht damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich möchte mit der Motion ein Symbol setzen. Ein Symbol für die Personen, welche die SP-Petition für das Offenhalten der Poststelle 2 unterschrieben haben. Die Postagentur ist kein idealer Ersatz.

Ich bedaure sehr, dass der Gemeinderat sich nicht bereit erklären kann, die Motion entgegen zu nehmen. Die immerhin 29 Motionärinnen und Motionäre werden in der gemeinderätlichen Beantwortung als Personen dargestellt, welche sich nicht informiert haben. Doch wir haben uns sehr wohl mit dem Thema behandelt. Auch der Vorwurf, dass wir eine emotionale Handlung in die Wege geleitet haben, kann ich nicht gelten lassen.

Ich ersuche die Parlamentsmitglieder, die Motion zu überweisen. Wenn der Gemeinderat zugunsten der Bevölkerung kein Zeichen setzen will, dann muss das Parlament zeigen, dass es die Bevölkerung ernst nimmt.

Eduard Rippstein (CVP): Mir ist das Ganze auch sauer aufgestossen und ich bitte das Parlament ebenfalls, der Motion zuzustimmen.

Vorhin haben wir über das "Tram Region Bern" abgestimmt. In der ganzen Tramgeschichte wurde im Bereich Wegmühlegässli speziell auf das Postgebäude und die angrenzenden Parkplätze Rücksicht genommen. Auch die Lastwagenzufahrt ist bereits in die Planung eingeflossen. Jetzt kann die Post nicht durch die Hintertür verschwinden - das Ganze macht mich "hässig"!

Auch für die umliegenden Gewerbebetriebe ist das ein wichtiger Standort und die Postfächer sind da sehr wichtig. Wenn die Post wirklich wegzieht, dann ist die Nachmieterregelung für die Gemeinde Ostermundigen von besonderer Wichtigkeit - das als letzte Rettung für das Gebäude.

- Vom Gemeinderat möchte ich noch wissen, wer die Verhandlungen mit der Post geführt hat?
- Zu welcher Zeit wurde der Gesamtgemeinderat informiert oder konnte dieser bei der Vorlage mitreden?

Peter Wagner (EVP): Es ist klar, dass die Post ihre Dienstleistungen möglichst günstig erbringen will. Darum soll die *Poststelle* Ostermundigen 2 aufgehoben und in der Migros eine *Postagentur* mit weniger Dienstleistungen eingerichtet werden, was für die Post einen geringeren Aufwand bedeutet. Dies ist ein Entscheid, den die Post in der aktuellen Situation gefällt hat. Ob der Ausbau der Poststelle Ostermundigen 1 die erhofften Verbesserungen der Dienstleistungen bringen wird, wird sich im zukünftigen Kundenverhalten zeigen. Die Post

wird also sicher zu einem späteren Zeitpunkt die Situation der Postversorgung in Ostermundigen analysieren und entsprechende Anpassungen durchführen. Es ist deshalb wichtig, dass die Motion als Richtlinienmotion aufrecht erhalten bleibt. So ist der Gemeinderat aufgefordert, mit den Vertretern der Post in Kontakt zu bleiben und zu einem späteren Zeitpunkt allenfalls einen Ausbau des Angebots geltend zu machen. Zudem hat er im Verwaltungsbericht jährlich über die Situation zu berichten. Darum unterstützt die EVP-Fraktion die Aufrechterhaltung der Motion, auch wenn diese nur Richtliniencharakter hat.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich mit der Thematik auseinander gesetzt. Wir unterstützen das Angebot und setzen uns für den bestehenden Service public ein. Es darf kein Abbau vorgenommen werden, zumal in diesem Ortsteil die Gemeindeentwicklung stark vorangetrieben wird. Wir sehen unser Ja als Unterstützung für den Gemeinderat in die Diskussionen mit der Schweizerischen Post. Wir müssen für unseren Werterhalt der Gemeinde Ostermundigen kämpfen.

Stimmenzähler Roland Rüfli (FORUM): Das FORUM unterstützt die Motion ebenfalls. Es macht durchaus Sinn, die beiden Poststellen zu erhalten. Eine Postagentur bietet nur sehr beschränkte Möglichkeiten an. Wenn die Poststelle 2 und die Fachpoststelle Rüti schliessen, gibt es eine grosse Ansammlung von Postkunden, welche mit einer Postagentur in der Migros nicht behoben werden kann. Des weitern kennt das Migros-Personal die kundenspezifischen Wünsche nicht. Einziger Vorteil welcher für die Migros spricht, sind die längeren Öffnungszeiten.

Heinz Gfeller (FDP): Bei dieser Frage stehen sich Postagentur in der Migros (mit Öffnungszeiten wie die Migros) gegen die Poststelle 2 gegenüber. Der erste Teil ist bereits entschieden und der zweite Teil steht unseres Erachtens in der Entscheidungsbefugnis der Post. Wir schätzen den Prozess mit der "Volksbefragung Rüti" und der Umsetzung der vorgeschlagenen Punkte. Die FDP-Fraktion unterstützt in diesem Geschäft den Gemeinderat.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte noch Ergänzungen und Wünsche an den Gemeinderat für die Zukunft stellen:

- Was jetzt mit der vorliegenden Motion abläuft, ist bereits Geschichte.
- Wir möchten auch die Problematik der Postomaten behandelt wissen. Auch in den Gebieten Tell und Rüti muss je ein Postomat angeboten werden. Mit einer Volkspetition mit über 400 Unterschriften haben wir dieses Anliegen bereits beim Gemeinderat deponiert. Das Geschäft ist beim Gemeinderat vergessen gegangen!
- Es müssen über die Mittagszeit und bis zum Betriebsschluss Postsachen bei der Migros abgeholt werden können. Es darf nicht sein, dass die Schalteröffnungszeiten reduziert werden.
- In der Rüti wie in der Migros müssen frei zugängliche Briefkästen angebracht werden, welche auch über das Wochenende gefüllt werden können.

- Etwas Grundsätzliches: Nicht alle sind Migros-Fan und wollen für die Erledigung von Postgeschäften in die Migros gehen.
- In Zukunft sind diese - auch für die Bevölkerung wichtigen Angelegenheiten - vorgängig den Parteien zuzustellen und deren Meinung einzuholen.
- Als ehemaliger Pöstler kenne ich die Anliegen der Postfinance und der normalen Post in Bezug auf die Kosteneinsparungen nicht.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte auch nicht nochmals alles wiederholen. Der Gemeinderat hat eine Gesamtbeurteilung abgegeben. Die Postversorgung in Ostermundigen wird mit den eingeleiteten Massnahmen insgesamt verbessert. Dies war für den Gemeinderat ausschlaggebend, einer Postagentur in die Migros-Filiale zuzustimmen. Die Motion kennt zwei Forderungen:

1. Die Erhaltung der Poststelle 2 - jetzt haben wir die Postagentur und das weitere Vorgehen muss beobachtet werden und
2. Schaffung einer zweiten Poststelle im Oberfeld.

Dies kann mit der Errichtung des neuen Quartiers durchaus Sinn machen. Heute wird die Angelegenheit überprüft und der Gemeinderat bleibt mit der Post in Kontakt.

Die Verhandlungen mit der Post wurden von mir geführt. Die Post hat sich an mich gewendet. Auch verwaltungsintern wurde das Geschäft besprochen. Der Gesamtgemeinderat wurde informiert und in die Diskussion miteinbezogen. Der Gemeinderat hat die Einverständniserklärung unterzeichnet. Der Gemeinderat hat auch für die Umfrage in der Rüti den Lead übernommen. Der Gemeinderat steht hinter der abgegebenen Stellungnahme. Die Anregungen des Parlamentes werden in die Verhandlungen mit der Post einfließen.

Bruno Grossniklaus (SP): Votum Heinz Gfeller (FDP): Hat der Entscheid primär die Post zu fällen?

Ja, eindeutig - hier geht es um einen Konzernentscheid. Auf der anderen Seite geht es auch um die Informationspolitik seitens des Gemeinderates. Bereits seit über eineinhalb Jahren kennt der Gemeindepräsident die Absichten der Post. Der Gemeinderat hat den Grossen Gemeinderat nie in einer kleinen, freiwilligen Randnotiz orientiert. Das finde ich persönlich eine Frechheit. Lieber Gemeinderat, es ist nicht das erste Mal, dass die Informationspolitik seitens Exekutive nicht ideal verlaufen ist.

- Bereits im Jahre 2010 bei einer Motion betreffend Tellsaal wurde der Gemeinderat aufgefordert, das Parlament zwischen zwei Sitzungen entsprechend zu orientieren. Am Schluss ist etwas gegangen und das Parlament wurde nicht informiert. Der Gemeinderat hat die Motion mit Freude entgegen genommen und sich letztendlich mit Ausreden gedrückt.
- Auch die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen mit einer Ablaufrist von drei Jahren kann als Beispiel dienen. Der Gemeinderat hat da erst auf die Eingabe einer Interpellation darauf hingewiesen, dass die Frist in fünf Monaten verstreichen wird. So wie das Ganze verläuft, wissen wir schon seit gut einem Jahr, dass bei diesem Geschäft nichts geschieht.

Jetzt kommt noch die Postgeschichte hinzu. Wir stellen uns die Frage, in welchem Verhältnis sieht sich der Gemeinderat gegenüber dem Parlament?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die Kritik der Informationspolitik muss ich klar zurückweisen. Wir sind faire Partner und wir wollen faire Partner. Wir nehmen unsere Partner wahr. Bei solchen Veränderungen im Postbetrieb ist es selbstverständlich, dass die Post orientiert und nicht die Gemeinde Ostermundigen. Das Ganze ist eine Angelegenheit der Post! Nur so nebenbei: Ich möchte auch nicht, dass die Post über unsere Behörden- und Verwaltungsreform orientiert. Es muss klargestellt werden, wer letztendlich für die Informationen zuständig ist.

Eduard Rippstein (CVP): Eine Poststelle hat für den Service public zu sorgen. Das ist etwas anderes, als irgendwo einen Garagebetrieb zu schliessen.

Wir haben zwei Rollen zu erfüllen: Der GGR greift Sachen seitens der Bevölkerung auf und der Gemeinderat hat wenn möglich die Sache zu erledigen. Da hätte ich zwischendurch gerne ein wenig mehr Verständnis seitens Gemeinderat. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat stur an seiner Meinung festhält und Vorschläge seitens GGR ignoriert - ansonsten stimmen die Rollen hier im Tellaal nicht mehr überein.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Voten zur vorliegenden Motion mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 27 zu 1 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Poststellenangebot in Ostermundigen wird schriftlich beantwortet, erheblich erklärt und als Richtlinie an den Gemeinderat überwiesen.

Chris Schröer (CVP) verlässt um 20.45 Uhr die Sitzung. Somit sind noch **32 Ratsmitglieder** anwesend.

10.20.13 Tram Region Bern

55. Tram Region Bern: Öffentlicher Informationsanlass am 24. November 2011, 19.00 bis 21.00 Uhr, im Tellsaal - Orientierung des Gemeinderates

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte alle hier im Saal Anwesenden am Mittwoch, 24. November 2011 ab 19.00 Uhr zum öffentlichen Informationsanlass "Tram Region Bern; Start zum Bauprojekt" einladen. Mit diesem Anlass wird das sogenannte "Anhörungsverfahren" gestartet. Anschliessend haben die Parteien noch die Möglichkeit, bis Ende Januar 2012 schriftlich am Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Parlamentarische Neueingänge sind keine abgegeben worden. Wer Lust und Laune hat, ist zu einem Umdruck im Restaurant Tell eingeladen.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär